

**6. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Donnerstag, 30. Oktober 2008
im Tell-Saal, Ostermundigen**

Beginn: 18.00 Uhr

Schluss: 21.30 Uhr

Vorsitz:	Peter Wegmann	(FDP)	1
Stimmzählende:	Maria Anna Baumann	(SP)	1
	Markus Truog	(SVP)	1
Anwesend:	Aziz Dogan, Rudolf Kehrli, Rudolf Mahler, Rupert Moser (<i>bis 19.40 Uhr</i>), Marianne Neuschwander, Norbert Riesen, Roger Schär, Liliane Schärer (<i>ab 18.25 Uhr</i>), Meta Stäheli Ragaz, Andreas Thomann, Regula Unteregger, Rudolf Wiedmer, Christian Zeyer	(SP)	13
	Erich Blaser, Ernst Hirsiger (<i>ab 18.15 Uhr</i>), Lucia Müller, Beat Weber (<i>ab 18.30 Uhr</i>), Thomas Wegmüller, Gerhard Zaugg	(SVP)	6
	Heinz Gfeller, Roger Hubschmid, Beat Leumann, Mirjam Rettore	(FDP)	4
	Renate Bolliger, Philippe Gerber, Bruno Schröter, Rahel Wagner	(EVP)	4
	Synes Ernst, Eduard Rippstein	(CVP)	2
	Walter Bruderer, Roland Rüfli, Madeleine Schenk	(FORUM)	3
	Thomas Christen, Daniel Kirchhofer	(SD)	<u>2</u>
			<u>37</u>
Vertreter des Gemeinderates:	Gemeindepräsident Christian Zahler, Thomas Iten, Egon Julmi, Christoph Künti, Ursula Lüthy, Ursula Norton, Alike Maria Panayides, Urs Rüedi, Thomas Werner Gemeindeschreiberin Marianne Meyer		
Entschuldigt:	Mitglieder des Grossen Gemeinderates Hans-Rudolf Hausammann		
Unentschuldigt:	Mitglieder des Grossen Gemeinderates Marion Buchser, Mevlude Nesimi		
Protokoll:	Jürg Kumli, Gemeindeschreiber-Stv.		

G E S C H Ä F T E

66	13.500 Allgemeines	Schule Ostermundigen: Umsetzung des Lehrplanteils „Informatik“; Kreditbewilligung	282
67	63.651 Prävention	Zwischenbericht Schulsozialarbeit (SSA) und Ausdehnung der Projekts um zwei Monate bis Ende Dezember 2009 - Kenntnisnahme und Genehmigung	290
68	40.821 Belags- und Oberflächenunterhalt	Management der Strassenerhaltung (MSE): Umsetzung der Sanierungsmassnahmen 2009 bis 2013; Bewilligung eines Rahmenkredits	293
69	10.372 Motionen	Überparteiliche Motion betreffend Sport- und Kulturhalle Ostermundigen; Begründung	295
30.489	Mehrweckhalle		
70	10.372 Motionen	Motion der SVP-Fraktion betreffend Miete oder Kauf eines Verwaltungszentrums; Begründung	302
10.442	Liegenschafts- und Landbeschaffung (Erwerb von Miete/Pacht)		
30.410	Verwaltungszentrum		
71	10.372 Motionen	Motion R. Unteregger (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Zugänglichkeit des 2. Perrons im Bahnhof Ostermundigen; Begründung	308
10.2001	Eisenbahn		
72	10.372 Motionen	Volksmotion betreffend Erweiterung Freibad Dennigkofen; Begründung	314
30.483	Freibad		
30.322	Sport- und Spielplätze, Freizeitanlagen		
42.616	Erweiterung Spielwiese		
73	10.374 Interpellationen	Interpellation W. Bruderer (FORUM) und Mitunterzeichner betreffend Massnahmen für Wohnqualität im Alltag; Begründung und Beantwortung	319
30.111	Baugesuche		
74	10.372 Motionen	Motion A. Thomann (SP) und Mitunterzeichnende betreffend „Schaffung von öffentlichen Werbeflächen für die Mundiger Vereine“; parlamentarischer Neueingang	324
30.114	Reklamegesuche		
75	10.372 Motionen	Motion SP-Fraktion betreffend Ostermundigen beschafft nachhaltig; parlamentarischer Neueingang	325
10.1121	Büromaterial		
10.11	Reglemente Gemeinde		
76	10.374 Interpellationen	Interpellation SP-Fraktion betreffend wie weiter mit dem Mittagstisch in Ostermundigen?; parlamentarischer Neueingang	326
13.503	Mittagstisch		

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 30. Oktober 2008

77

10.375 Einfache Anfragen

20.200

Allgemeines

**Einfache Anfrage L. Müller (SVP) betreffend Finanzkrise;
parlamentarischer Neueingang 328**

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 30. Oktober 2008

Ratspräsident: Ich begrüsse alle Anwesenden zur 6. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer, die Pressevertreterin sowie die Schülerinnen, Schüler und Frau Fröhlich, Lehrerin der 9. Klasse der Schule Mösli willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Es sind **34** Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig. Dies ist die zweitletzte Sitzung in dieser Legislaturperiode und die letzte Sitzung vor den anstehenden Wahlen. Ich wünsche schon jetzt allen Ratmitgliedern einen gut verlaufenden Wahlkampf sowie entsprechenden Erfolg. Ich habe durchaus Verständnis, dass die heutige Sitzung ganz offensichtlich auch teils mit wahlpropagandistisch anmutenden politischen Vorstössen bestückt ist.

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

- ① An der heutigen Sitzung nimmt Madeleine Schenk (FORUM) erstmals an der Ratssitzung teil. Sie ersetzt per 1. Oktober 2008 Marco Mantarro.
- ① Die letzte Sitzung dieser Legislaturperiode findet gemäss Terminplan am 11. Dezember 2008 bereits um **16.30 Uhr** statt. Bekanntlich wollten wir diese Sitzung auf zwei Haupttraktanden (Budget und Finanzplan) beschränken. Unverhofft sind noch weitere Geschäfte eingetroffen, welche entsprechend den damit verbundenen Zusammenhängen unbedingt noch vor Jahresende behandelt werden müssen.
- ① Im Anschluss an die heutige Sitzung treffen wir uns im Restaurant „Schlüssel“

Traktandenliste:

- Das Traktandum Nr. 74: Orientierungen des Gemeinderates entfällt. Die parlamentarischen Neueingänge werden fortlaufend nummeriert.

Stillschweigend fasst der Grosse Gemeinderat den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird unter Berücksichtigung der vorerwähnten Ergänzungen genehmigt.

Persönliche Erklärung

Rupert Moser (SP): Ich habe meine persönliche Erklärung mit dem Titel „Tatbestandsfeststellung und Erwägung von Konsequenzen“ vorgängig schriftlich auf den Ratstischen verteilt.

Tatbestandsfeststellung und Erwägung von Konsequenzen

Es ist nicht tolerierbar, wenn der Präsident des GGR die Bevölkerung falsch informiert und Desinformationen publiziert, wie geschehen in der Bantiger Post Nr. 38 vom 18. September 2008, Seite 18.

In der Sitzung vom 11. September 2008 hat der GGR die SP-Motion betreffend „Einkaufscenter Mösli Ost“ angenommen und entsprechend Motionstext beschlossen, dass der Gemeinderat beauftragt wird, „sich bei den Betreibern des (sich selbst so bezeichnenden) ‘Einkaufscenter Mösli Ost‘ dafür einzusetzen, dass auf deren Areal (a) eine öffentliche Toilette für alle Kunden erstellt wird...“. Da den Betreibern die Erstellung einer öffentlichen Toilette auf Grund eklatanter Versäumnisse leider nicht mehr zwingend vorgeschrieben werden kann, verlangte die Motion ausserdem, um auf möglicherweise dazu unwillige Betreiber gegebenenfalls doch noch „Einfluss nehmen“ zu können, „die Medien über Erfolg oder Misserfolg der Invervention“ und damit die „Kundenfreundlichkeit“ der Betreiber zu informieren.

Kein Passus in der Motion lässt den Schluss zu, dass der Gemeinderat beauftragt worden wäre, die Toiletten selbst zu erstellen oder gar zu betreiben.

Genau diese komplett aus der Luft gegriffene Desinformation übermittelte jedoch der Präsident des GGR in seinem Bericht über die GGR-Sitzung in der Bantiger Post. Und fügte noch als weitere Unwahrheit hinzu, dass dadurch der „Gemeindefinanzhaushalt“ durch „jährlich CHF 30‘000“ belastet werde.

Faktum hingegen ist: Die Kosten der überwiesenen Motion belaufen sich einmalig auf die Vergütung der Arbeitszeit von Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern für die Verhandlungen mit den Betreibern des Einkaufscenters. Die möglicherweise entstehenden Kosten für die Betreiber des Einkaufscenter betreffen die Gemeinde nicht und würden sicher durch den Gesamtumsatz amortisiert werden, und das Beispiel der öffentlichen Toiletten im Bahnhof Bern zeigt, dass öffentliche Toiletten sehr wohl gewinnorientiert betrieben werden können.

Die mutwilligen Desinformationen sind nicht entschuldbar - es sei denn, sie wären Resultat eines pathogenen Syndroms. Da das Protokoll der letzten GGR-Sitzung noch ausständig ist, ist auch nicht belegbar, wie weit Angaben der Desinformation auf Ausführungen des zuständigen Departementsvorstehers beruhen. In jedem Fall hat der Präsident des GGR nach dieser Falschinformation der Bevölkerung Vertrauen verloren, so dass ihm nur empfohlen werden kann, zu erwägen die Konsequenzen zu ziehen sowie sich bei den Motionärinnen und Motionären für das Ignorieren des Motionstextes zu entschuldigen und eine Richtigkeit in der Bantiger Post zu publizieren.

Ratspräsident: Ich werde hier angegriffen. Ich nehme jetzt keine Stellung dazu. Ich werde dies bei passender Gelegenheit nachholen.

Schule Ostermundigen: Umsetzung des Lehranteils „Informatik“; Kreditbewilligung

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Walter Bruderer (FORUM): Das Geschäft hatten wir in der Finanzkommission ausgiebig besprochen; ich hatte mich ein paar Tage später auch noch mit dem Schulsekretär darüber unterhalten. Zur Klärung meiner Bedenken hatte er mich an Herrn Rohr, einen initiativen Mösli-Lehrer verwiesen, der mir die EDV-Anwendungen für die Schule erläutert hat. Ich möchte ihm auch an dieser Stelle bestens danken. Dabei habe ich feststellen können, wie viel Arbeit an anderen Schweizer Schulen bereits geleistet worden ist. Auch Herr Rohr und hoffentlich andere Ostermundiger-Lehrkräfte sind mit grosser Begeisterung am Ball. Es ist unbedingt dafür zu sorgen, dass das Rad nicht überall nochmals erfunden wird. Alle für den Unterricht entwickelten Softwarepakete sollten schweizweit allen Schulen zur Verfügung gestellt werden.

Weil die EDV in der Schule kein Spielzeug sein darf, müssen alle Schülerinnen und Schüler, welche die Schule verlassen, die im Alltag wichtigsten Softwarepakete (z. B. Word, Excel, Power Point, Mail, Internet) in den Grundversion beherrschen und für ihre Kenntnisse auch benotet werden. Ich bitte darum den Gemeinderat und die Schulleitung, dafür zu sorgen, dass die Datenverarbeitung in den Schulen als sinnvolles Werkzeug eingesetzt wird. Hoffentlich werden die Ratsmitglieder im Jahre 2010 eingeladen, einen EDV-unterstützten Unterricht in einer Schulanlage mitzuverfolgen.

Weil ich die HERMES-Methode und die Probleme von EDV-unterstützten Projekten aus eigener Erfahrung kenne, hat mir in den Unterlagen eine der wichtigsten Projektphasen gefehlt; nämlich die Rahmenorganisation. Sie definiert alle nötigen Aufgaben und Abläufe im Fachdienst (d. h. in diesem Fall der Schule). Zum Glück wird diese Phase - nach Aussage des EDV-Projektleiters - bis im August 2009 noch nachgeholt. Wichtig scheint mir auch die Frage betreffend den EDV-Zugang von zu Hause aus schlüssig zu beantworten. Ich habe mich gefragt, ob es nicht sinnvoller gewesen wäre, den Schülerinnen und Schülern einen kostengünstigen Laptop nach Hause zu geben. Dort könnte er auch noch für die vielfältigen Zwecke einer Familie eingesetzt werden; zudem würde er nicht während der ganzen Ferienzeit still stehen. Nachdem in allen Schulen im Kanton EDV-Kenntnisse vermittelt werden, wäre es vermutlich logischer gewesen, wenn der Kanton die nötigen EDV-Werkzeuge allen Schulen angeboten hätte.

Trotz dieser Vorbehalte unterstützen wir dieses Geschäft. Wir sind überzeugt, dass die EDV im privaten wie im geschäftlichen Alltag zu einem immer wichtigeren Werkzeug wird, das auch sämtliche Schulfächer optimal unterstütze, begleiten und bereichern kann.

1

Lucia Müller (SVP): Informations- und C(K)ommunikations-Technologie, kurz ICT ist in der Schule seit 1985 ein Thema (Presseinformation vom 12.6.1985 zum Projekt „Informatik an der Oberstufe der Schule Ostermundigen“), aber damals lediglich als Klassenlektion in der 7. Klasse. Wohin gegen wir mit dem heutigen Projekt „Informatik“? Es geht primär darum, dass Informatik als „alle Fächer durchdringendes Arbeitsinstrument“ eingesetzt werden soll.

Der heute vom Kanton vorliegende Auftrag, in dem für alle öffentlichen Schulen des Kantons Bern verbindlichen Lehrplan bezieht sich auf ICT als Unterrichtsmittel von der Basisstufe an. ICT ist nicht einfach Arbeit der Schüler am PC, sondern beinhaltet auch den Einsatz des PC als Hilfs- und Arbeitsmittel ähnlich wie die Wandtafel, der Hellraumprojektor, Bücher, Hefte etc.. Zudem soll die neue Infrastruktur den Lehrern erlauben, auch einen grossen Teil der administrativen Aufgaben wie Beurteilungen, führen von Klassenlisten u. ä. über ICT abzuwickeln. Nach wie vor bestehen bleibt die Klassenlektion im 7. Schuljahr.

Nur wenn die heute zu beschaffende Infrastruktur ausreichend ausstaffiert ist, können diese Ziele erreicht werden. Die SVP-Ostermundigen begrüsst ebenfalls die Tatsache, dass bereits bei der Planung auf breite Abstützung geachtet wurde und sowohl GPK als auch GGR in den Personen von Philippe Gerber (EVP) und Lucia Müller (SVP) von Anfang an eingebunden wurden. Die Projektverantwortlichen haben sich entsprechend viele Gedanken zum sinnvollen Umfang der benötigten Geräte und deren Anforderungen gemacht. Als wertvolle Hilfe stand ihnen hier eine externe Projektleitung mit grosser Erfahrung und dem bereits vielfach positiv angewendeten Instrument des Projektplanungssystems HERMES zur Seite. So konnte der Zeitrahmen eingehalten und die notwendigen Planungsschritte ohne Verzögerungen angegangen werden.

Das heute vorliegende Geschäft mag auf den ersten Blick überproportioniert erscheinen. Bei genauerem Betrachten ist jedoch erkennbar, dass äusserst seriös und sorgfältig gearbeitet wurde. Da der Lehrplan des Kantons uns vorgibt, was wir umzusetzen haben, ist der Spielraum leider nicht sehr gross. In seinen Empfehlungen geht der Kanton von 3 bis 5 Geräten pro Klasse aus. Hier ist die Projektgruppe bei drei Geräten geblieben, weil eine noch kleinere Anzahl nur wenig bis gar keine finanziellen Einsparungen erbringen dürften (Mengenrabatte).

Ein Thema war bei der Prüfung des Projektes in der Fraktion der SVP auch die Frage, ob Geräte für die Lehrpersonen zur Verfügung gestellt werden sollen und wenn ja, wer berechtigt wäre, ein solches zu bekommen. Hier ist die Projektgruppe der Auffassung, dass aufgrund der aktuellen Stellenbelegung die Beschäftigungsprozente massgebend sein sollen und legte die Latte bei 25 Stellenprozenten, so dass eine sinnvolle Umsetzung gewährleistet werden kann. Um die bestmögliche Umsetzung des Lehrauftrages zu gewährleisten hat man sich darauf geeinigt, dass dies am besten mit einem persönlich zugewiesenen Gerät erreichbar ist. Dies fördert die Verantwortlichkeit des einzelnen Benützers und bietet auch die notwendige Flexibilität. Wir hoffen, dass diese Erwartungen erfüllt werden können.

¹ Ernst Hirsiger (SVP) tritt um 18.15 Uhr der Sitzung bei. Es sind 35 Ratsmitglieder anwesend.

Kostenrelevant ist im ganzen Geschäft nicht allein die Beschaffung von rund 400 neuen Arbeitsgeräten, sondern auch deren notwendige Vernetzung und Wartung, aber auch die erforderlichen baulichen Anpassungen, welche in einzelnen Schulanlagen der Gemeinde bereits fast vollumfänglich vorhanden sind, in andern jedoch erheblichen Nachholbedarf aufweisen.

Erwähnenswert finden wir hier sicher noch die Tatsache, dass die Lehrkräfte der Schule Ostermundigen sich bereits in rund 500 Kursstunden auf die neuen Herausforderungen vorbereitet haben. Wenigstens in diesem Punkt übernimmt der Kanton finanzielle Verantwortung, in dem er im Rahmen der Lehrerfortbildung diesen Themenbereich eingebaut hat.

Die SVP-Ostermundigen sieht die Notwendigkeit dieses Kredits als gegeben und stimmt dem Geschäft wenn auch mit nicht gerade viel Freude zu. Es ist einmal mehr der Kanton der den Gemeinden einen Auftrag erteilt und die Kosten fast vollumfänglich den Gemeinden überlässt.

Synes Ernst (CVP): Die CVP-Fraktion stimmt der Vorlage des Gemeinderats zu. Was wir vor uns haben, ist ein gutes Projekt, sorgfältig und breit evaluiert und mit den Betroffenen besprochen und an einer Informationsveranstaltung auch sehr gut präsentiert worden. Dafür danken wir allen, die an den Vorarbeiten beteiligt waren. Obwohl es sich um eine sehr komplexe Materie handelt, können wir guten Gewissens zustimmen, nicht zuletzt auch deshalb, weil sich die Verantwortlichen dafür entschieden haben, die Realisierung einem Unternehmen anzuvertrauen, das in diesem Bereich Erfahrungen und gute Referenzen aufzuweisen hat. Das Risiko das wir eingehen ist deshalb als sehr gering einzustufen.

Zu den Detailfragen will ich mich an dieser Stelle nicht weiter äussern, sondern mich auf einen Punkt konzentrieren, der mir und der CVP-Fraktion am Herzen liegt. Für uns ist es zentral, dass die Ostermundiger Schülerinnen und Schüler lernen, wie man das Werkzeug, für das wir heute 1,3 Mio. Franken bewilligen werden, auch vernünftig und verantwortungsvoll nutzt.

Es ist die Aufgabe der Schule, die ihr anvertrauten jungen Menschen für das Leben vorzubereiten. Dazu gehört auch, dass sie über ICT-Kompetenzen verfügen, denn Computer- und Informationstechnologie sind heute omnipräsent und bestimmen unseren Alltag, sowohl den beruflichen wie auch den privaten. Wer diesen Alltag mitgestalten will, muss die ICT-Werkzeuge beherrschen, sonst besteht die Gefahr, dass er von ihnen beherrscht wird. Damit genau dies nicht passiert, darf sich der Unterricht nicht nur auf das Technische beschränken. Er muss vielmehr zeigen, welches die Herausforderungen der neuen Kulturtechnologie sind, welches ihre Möglichkeiten und Grenzen sind, welches ihre Gefahren.

In der Umsetzungshilfe „ICT in der Primatschule“ zum Lehrplan für die Volksschule des Kantons Bern sind die Forderungen, die ich eben erwähnt habe, ebenfalls aufgeführt. Letztlich hängt es aber immer von den für die Schule Verantwortlichen in den einzelnen Gemeinden ab, ob solche Absichten in der Realität auch umgesetzt werden. Die CVP will das und sie erwartet von Schulbehörden, Schulleitungen und

Lehrpersonal, dass sie diesen Aspekt des ICT-Unterrichts in der Volksschule auch ernst nimmt.

Philippe Gerber (EVP): Fast alles wurde von den Vorrednern bereits erwähnt. Ich durfte zusammen mit mehreren Personen an diesem Projekt mitarbeiten. Mir war wichtig, dass eine Projektorganisation ins Leben gerufen wurde, welche der Aufgabe gewachsen war. Zusammen mit HERMES wurden sämtliche Anliegen berücksichtigt. Für mich persönlich war die Submission besonders wichtig. Diese hat gezeigt, dass auch bei einem solchen Projekt grosse Preisdifferenzen festgestellt werden können. Der qualitativ beste Anbieter hat den zweittiefsten Preis offeriert.

Ich möchte dem Parlament die Zustimmung empfehlen. Die Vorgaben des Geschäftes hat der Kanton erlassen.

Norbert Riesen (SP): Nachdem ich es anlässlich der drei letzten Sitzungen verpasst habe, möchte ich heute - nachdem Votanten bereits mehr als fünf Minuten gesprochen haben - den **Ordnungsantrag** gestützt auf die GO des GGR für eine Redezeitbeschränkung auf 5 Minuten stellen.

Ratspräsident: Über diesen Ordnungsantrag hat der GGR sofort zu befinden.

A b s t i m m u n g :

Der Ordnungsantrag wird mit 25 zu 4 Stimmen genehmigt.

2

Heinz Gfeller (FDP): Ich hoffe die Uhr läuft. Wir sind anfangs Jahrhundert. Im letzten Jahrhundert wurde das Telefon eingeführt, doch dieses wurde an der Schule nicht gebraucht. Was ist der Unterschied zwischen einem Telefon und den heutigen Informationskommunikationsmitteln? Wir unterstützen, dass an der Schule diese wichtigen Hilfsmittel kennen gelernt und sinnvoll eingesetzt werden. Walter Bruderer hat bereits erwähnt, dass die Software und die Hardware schweizweit eingeführt werden kann. Jede Gemeinde kann davon profitieren oder es sein lassen. Der Kanton übt die Hoheit über das Schulwesen aus. Sein Angebot beim vorliegenden Geschäft ist jedoch sehr bescheiden. Seine Unterstützung bei diesem teuren Hilfsmittel fehlt gänzlich. Jede Gemeinde muss nun einzeln in einem Projekt diese Hilfsmittel beschaffen.

Unbestritten ist, dass jede Gemeinde ihre Anpassungen vornehmen muss. Jede Gemeinde soll souverän entscheiden können, was sie will. Das Angebot des Kantons ist höchst bescheiden. Ich hoffe, dass es unserer operativen Leitung gelingt, entsprechende Anfragen auf der richtigen Stufe zu plazieren.

Die FDP-Fraktion unterstützt die Vorlage trotz des hohen Preises.

² Liliane Schärer (SP) tritt um 18.25 Uhr der Sitzung bei. Neu sind 36 Ratsmitglieder anwesend.

Christian Zeyer (SP): Der Kanton hat uns hier einen dicken Knochen zugeworfen und wir müssen diesen verdauen. Ich möchte einen Artikel aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zitieren: *...In der durch statistische Verfahren keine Korrelation³ zwischen dem Einsatz von EDV und der Bildung von Schülern nachgewiesen werden kann...*“ Wie viel EDV braucht es tatsächlich in der Schule? Wenn ich wählen kann zwischen der Qualität der Schulsozialarbeit und EDV, würde ich die Schulsozialarbeit bevorzugen.

Dem Parlament wurden beim vorliegenden Geschäft informative und gute Unterlagen zur Verfügung gestellt. Drei Punkte sind der SP-Fraktion besonders ins Auge gestochen:

- Der Betrieb hat dafür zu sorgen, dass die Kosten nicht explodieren. Die Drittlevelsoftware ist unbedingt aus dem Konzept zu streichen.
- Die Druckkosten können enorme Kosten verursachen. Ein entsprechendes Druckkonzept ist wichtig.
- Das Thema „Energie“ wird im Pflichtenheft ignoriert. Wir möchten mittels eines Änderungsantrags eine Ergänzung in der Beschlussfassung (neue Ziffer 4) schaffen. Der **Änderungsantrag** lautet wie folgt:

In der Umsetzung des ICT-Konzeptes der Schulen ist dafür zu sorgen, dass dem Energie- und Umweltverbrauch Rechnung getragen wird. Folgendes ist zu beachten:

- *Bei der effektiven Beschaffung von Servern und Endgeräten ist auf energieeffiziente Geräte zu achten.*
- *Das Netzwerk ist so einzurichten, dass sowohl Geräte wie Server den Stand-by und/oder Sleep-Modus möglichst oft benutzen können.*
- *Das Druckkonzept ist so zu optimieren, dass der Papierkonsum möglichst tief ausfällt.*
- *Bei den Druckern soll Recyclingpapier benutzt werden können.*

Die Tatsache, dass im Pflichtenheft das Thema „Energie“ nicht erwähnt wird, geht aus unserer Sicht tiefer. Dieser Missstand kann nicht unbedingt der Projektorganisation angelastet werden, da in den Submissionsunterlagen der Gemeinde Ostermündigen das Thema „Energie“ nicht enthalten ist. Wir werden heute Abend noch eine entsprechende Motion zu diesem Thema einreichen.

4

Walter Bruderer (FORUM): Ich möchte Christian Zeyer für die guten Ergänzungen danken. Wir werden den Änderungsantrag unterstützen.

³ Wikipedia: Die **Korrelation** ist eine Beziehung zwischen zwei oder mehr [statistischen Variablen](#). Wenn sie besteht, ist noch nicht gesagt, ob eine GröÙe die andere [kausal](#) beeinflusst, ob beide von einer dritten GröÙe [kausal](#) abhängen oder ob sich überhaupt ein Kausalzusammenhang folgern lässt.

⁴ Beat Weber (SVP) tritt um 18.30 Uhr der Sitzung bei. Neu sind 37 Ratsmitglieder anwesend.

Dem Votum von Heinz Gfeller möchte ich noch anfügen, dass ich mit keinem Wort erwähnt habe, die Gemeinde solle die Vorgaben des Kantons nicht befolgen.

Synes Ernst (CVP): Der Änderungsantrag von Christian Zeyer ist eigentlich sinnvoll. Der Nachhaltigkeitsaspekt ist bei einer solch grossen Anschaffung zu berücksichtigen. Doch hier handelt es sich bereits um den zweiten Antrag seitens der SP-Fraktion, welche abgeschlossene Projekte im nachhinein abändern will. Wieso haben die vielen Gemeinderatsmitglieder der SP nicht bereits im Vorfeld diese Ideen eingebracht? Das gehört in die Projektarbeit und dann werden solche Änderungsanträge nicht mehr notwendig.

Christian Zeyer (SP): Wir dürfen nicht Äpfel mit Birnen verwechseln. Hier geht es nicht um einen abgeschlossenen Vertrag. Die Beschaffung wird nicht angezweifelt. Es geht darum, dass bei der Gerätebeschaffung den energierelevanten Details Beachtung geschenkt wird. Wir als Energiestadt haben somit nachträglich diese Chance zu packen. Mit der Motion (siehe Traktandum Nr. 75) soll verhindert werden, dass inskünftig die Energie- und Umweltaspekte vergessen gehen. Mit den entsprechenden Pflichtenheften muss das Thema „Nachhaltigkeit“ zwingend beachtet werden.

Gemeinderat Thomas Iten (SP): Ich möchte die Fragen zusammengefasst wie folgt beantworten:

① Geschäftsvorgaben kantonal oder schweizweit

Hier gilt's zwei Punkte besonders zu beachten: „Educalines“ als Richtlinie sagt aus, was heute in der Ausbildung/Weiterbildung im Bereich Informatik an Hardware zur Verfügung steht. Pro Klassenzimmer ist es sinnvoll, drei bis fünf Geräte zu installieren. Wir haben uns für drei PCs pro Klassenzimmer entschieden. Der Kanton hat den Leitfaden zur Umsetzung des Lehrplans erstellt. Weitere Unterstützung hatten wir durch eine pädagogische Fachperson in der Projektgruppe. Des weitern haben wir uns an das Konzept der Stadt Bern gehalten und das Rad nicht neu erfunden.

① Umgang mit PCs oder ICT

Die Informatik bzw. ICT besteht nicht nur aus dem PC. Der Umgang mit der ganzen Informationstechnologie soll erlernt werden.

① Änderungsantrag

Vor rund einem Jahr wurde das Projekt gestartet. Der Änderungsantrag rügt, dass dem Aspekt des Energie- und Umweltverbrauchs nicht genügend Rechnung getragen worden ist. Mit einer zusätzlichen Beschlussesziffer können wir leben. Die finanzielle Deckung des Projektes ist gesetzt. Wichtig für den Gemeinderat ist jedoch die Tatsache, dass wir den Kostenrahmen nicht überschreiten. Bei der Umsetzung des Konzeptes werden wir den Punkten und Empfehlungen aus dem Änderungsantrag besondere Beachtung schenken.

① Schicht 3 der Software

Ich möchte hier keine alleinige Entscheidung treffen. Den Spezialistinnen und den Spezialisten (Lehrkräfte) ist es ein Anliegen, dass sie in der Schicht 3 spezielle Software installieren können. Die Betriebsorganisation stellt sicher, dass die PCs neu gestartet werden können.

Ich bin nicht sicher, alle Fragen beantwortet zu haben. Ansonsten muss sich der Rat nochmals melden.

Ratspräsident: Aus dem Rat liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der GGR hat über den vorliegenden **Änderungsantrag** zu entscheiden.

In der Umsetzung des ICT-Konzeptes der Schulen ist dafür zu sorgen, dass dem Energie- und Umweltverbrauch Rechnung getragen wird. Folgendes ist zu beachten:

- *Bei der effektiven Beschaffung von Servern und Endgeräten ist auf energieeffiziente Geräte zu achten.*
- *Das Netzwerk ist so einzurichten, dass sowohl Geräte wie Server den Stand-by und/oder Sleep-Modus möglichst oft benutzen können.*
- *Das Druckkonzept ist so zu optimieren, dass der Papierkonsum möglichst tief ausfällt.*
- *Bei den Druckern soll Recyclingpapier benutzt werden können.*

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag der SP-Fraktion wird mit 26 zu 8 Stimmen genehmigt.

Ratspräsident: Der GGR hat die Schlussabstimmung vorzunehmen. Er fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Das Lösungskonzept für die Umsetzung des Lehrplanteils „Informatik“ an der Volksschule Ostermundigen wird zur Kenntnis genommen.
2. Für die Umsetzung des Lösungskonzepts wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Kredit von 1,275 Mio. Franken bewilligt.
3. Die jährlich wiederkehrenden Betriebskosten von CHF 61'000.-- zu Lasten der Laufenden Rechnung werden genehmigt.

4. In der Umsetzung des ICT-Konzepts der Schulen ist dafür zu sorgen, dass dem Energie- und Umweltverbrauch Rechnung getragen wird. Folgendes ist zu beachten:
- Bei der effektiven Beschaffung von Servern und Endgeräten ist auf energieeffiziente Geräte zu achten.
 - Das Netzwerk ist so einzurichten, dass sowohl Geräte wie Server den „Stand-by“ und/oder „Sleep-Modus“ möglichst oft benutzen können.
 - Das Druckkonzept ist so zu optimieren, dass der Papierkonsum möglichst tief ausfällt.
 - Bei den Druckern soll Recyclingpapier benutzt werden können.

Zwischenbericht Schulsozialarbeit (SSA) und Ausdehnung der Projekts um zwei Monate bis Ende Dezember 2009 - Kenntnisnahme und Genehmigung

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP-Fraktion stimmt dem vorliegenden Geschäft zu. Wir waren in der Erarbeitung der Vorlage dabei und haben uns für die SSA eingesetzt. Jetzt muss dieser Versuch für alle Beteiligten zufriedenstellend zu Ende geführt werden. Das Feedback von Seiten Lehrerschaft, Schülern und bei den Sozialarbeiterinnen ist durchwegs positiv. Ein Problem besteht in der Abgrenzung, wie weit die Kompetenzen der Schulsozialarbeiterinnen gehen.

Renate Bolliger (EVP): Mit grossem Interesse haben wir von der EVP-Fraktion den Zwischenbericht über die Schulsozialarbeit gelesen und davon Kenntnis genommen. Besonders begrüsst haben wir auch, dass eine externe Institution eine Evaluation durchführt. Sehr schön ist aus diesem Bericht zu erfahren, wie der Aufbau der Schulsozialarbeit sich gestaltete. Auch die EVP ist der Meinung, dass sich das Projekt „Schulsozialarbeit“ in die richtige Richtung bewegt, und bereits jetzt kann man sich die Schulhäuser ohne Schulsozialarbeit kaum mehr vorstellen. Vor allem auch gerade im Dennigkofenschulhaus, wo nun sehr viele Oberstufenklassen ein und aus gehen und für genügend Konfliktpotenzial sorgen.

Man könnte viel zum vorliegenden Bericht sagen, ich möchte aber nur zwei Punkte herausgreifen, die mir besonders ins Auge gestochen sind:

1. Früherkennung: Im Bericht steht, dass in 10 Fällen von der Schulsozialarbeiterin eine Gefährdungsmeldung an die Vormundschaftsbehörde erging. Schon alleine dieser Satz rechtfertigt meiner Meinung nach den Einsatz der Schulsozialarbeit. Der grosse Vorteil der Schulsozialarbeit ist, dass eben früh und genau hingeschaut wird und dass das gut funktionierende Helfernetz eingeschaltet werden kann.
2. Sehr gefreut hat mich die Bemerkung im Bericht, dass einigen Schülern und Schülerinnen der 9. Klasse erfolgreich eine Anschlusslösung vermittelt werden konnte. Wie im Bericht steht, ist dies sehr zeitaufwändig. Viele Eltern sind überfordert mit der Suche nach einer Lehrstelle und die Lehrer können sich auch nur begrenzt für einzelne Schüler einsetzen. Daher ist es um so erfreulicher, dass die Schulsozialarbeiterinnen sich hier einklinken können.

Die EVP-Fraktion stimmt auch der Verlängerung der Projektphase zu. Es macht Sinn, das ganze Schuljahr 2008/2009 zu evaluieren. Im Schlussbericht wird sicher sehr interessant sein, wie sich der Zusammenschluss der beiden Schulhäuser

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 30. Oktober 2008

Rothus und Dennigkofen auf die Schulsozialarbeit auswirkt. Daher ist es ganz sicher sinnvoll, noch das ganze Jahr anzuschauen.

Die EVP dankt für den interessanten Zwischenbericht und stimmt dem Geschäft zu.

Walter Bruderer (FORUM): Sehr interessante, erfreuliche Informationen sind in den Berichten zu entnehmen. Sinnvoll wäre gelegentlich eine weitere Umfrage bei allen Lehrkräften, Erziehungsberechtigten und Schülerinnen und Schüler, warum ihnen die SSA genützt oder nicht genützt hat, bzw. aus welchen Gründen sie gar nicht gebraucht worden ist. Die Statistiken führen bei mir zum Schluss, dass gewisse Lehrkräfte Differenzen mit der SSA bekunden.

Mirjam Rettore (FDP): Die Einführung der SSA ist durch einen überparteilichen Vorstoss initialisiert worden. Die FDP-Fraktion zeigt sich erfreut darüber, dass sich die SSA in den Schulhäusern bereits gut etabliert hat und die Erfahrungen im Grossen und Ganzen positiv bewertet werden können. Das bei der Lehrstellensuche gute Beratung angeboten werden kann, ist sehr wertvoll und wichtig. Die neue Dienstleistung SSA hat ihren Preis, ist jedoch notwendig. Wir fragen uns, wie die knappen Ressourcen an der Front wirkungsvoll eingesetzt werden können und die Backoffice-Arbeiten auf ein absolutes Minimum zu beschränken.

Die FDP-Fraktion dankt für die informativen Berichte und stimmt der Ausdehnung der Projektphase bis Ende 2009 zu.

Lucia Müller (SVP): Die SVP nimmt Kenntnis vom vorliegenden Bericht. Die SVP-Fraktion hofft, dass dieses Angebot der sozialen Zusatzbetreuung unsere Erziehungsverantwortlichen nicht dazu verleitet, ihre Verantwortung abzugeben. Wir können nachvollziehen, dass aufgrund der speziellen Situation „Zusammenlegung Dennigkofen/Rothus“ die Ausdehnung der Projektphase um zwei Monate bis Ende Dezember 2009 Sinn macht. Aus diesem Grund stimmt die SVP-Fraktion dem Beschluss zu.

Marianne Neuenschwander (SP): Die SP-Fraktion hat mit grossem Interesse vom vorliegenden Zwischenbericht Schulsozialarbeit Kenntnis genommen und dankt allen Beteiligten für die ausführlichen und interessanten Ausführungen. Selbstverständlich stimmt die SP-Fraktion dem Bericht zu und auch der beantragten Ausdehnung der Projektphase um zwei Monate bis Ende Dezember 2009.

Die Schulsozialarbeit wurde in Ostermundigen im Jahre 2006 aufgrund einer überparteilichen Motion, welche von der SP-Fraktion initiiert wurde, für vorerst drei Jahre eingeführt. Die uns nun zur Verfügung gestellten Zwischenberichte zeigen sehr eindrücklich auf, wie notwendig die Schulsozialarbeit ist und wie diese bereits nach kurzer Zeit Ansprechpartner für die verschiedensten Anliegen und alle Altersstufen wurde. Dies ist nicht zuletzt dem grossen Einsatz der beiden Schulsozialarbeiterinnen zu verdanken, welche immer wieder neue Formen der Zusammenarbeit mit Schulleitung

und Lehrpersonen suchten, so dass die Schulsozialarbeit heute zu einem unumstrittenen Angebot der Schule geworden ist. Damit scheint uns auch klar zu sein, dass die Schulsozialarbeit im nächsten Jahr, d. h. nach der dreijährigen Pilotphase, in Ostermundigen definitiv eingeführt werden muss.

Was die daraus entstehenden Folgekosten anbelangt, hoffen wir, dass der Kanton bei der nächsten Volksschulgesetzesrevision wie versprochen, die Schulsozialarbeit so verankern wird, dass die Finanzierung nicht mehr allein über die Gemeinde erfolgen muss.

Gemeinderat Urs Rüedi (SVP): Ich möchte zu den Voten von Walter Bruderer, Mirjam Rettore und Marianne Neuenschwander kurz Stellung nehmen.

① Wieso gehen gewisse Personen nicht zur SSA?

Wir evaluieren das Gegenteil. Was du wissen willst, ist schwierig Rückschlüsse zu ziehen. Aus der Lehrerschaft ist, wie du richtig bemerkt hast, pädagogisch nicht der gleiche Bedarf vorhanden. Aus diesem Grund soll das Angebot so niederschwellig sein, wie es heute betrieben wird.

① Möglichst kleiner Backoffice-Anteil

Dieser Wunsch wurde bereits in der Kommission in Angriff genommen. Die ganze Vernetzungsarbeit bedingt einen gewissen Aufwand.

① Kosten

Was der Kanton definitiv beabsichtigt, kann ich heute nicht schlüssig beantworten, da ich diese Absichten nicht kenne. Es besteht die Gefahr, dass gewisse Budgetposten geäuft werden müssen.

Besten Dank an die beiden Schulsozialarbeiterinnen und an die Kommissionsmitglieder für den stetigen Einsatz.

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Der „Zwischenbericht Schulsozialarbeit Ostermundigen November 2006 - Sommer 2008“ und der „Evaluationsbericht der Schulsozialarbeit“ werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Ausdehnung der Projektphase um zwei Monate bis Ende Dezember 2009 wird zugestimmt.

Management der Strassenerhaltung (MSE): Umsetzung der Sanierungsmassnahmen 2009 bis 2013; Bewilligung eines Rahmenkredits

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Mirjam Rettore (FDP): Es hat sich bewährt, den Strassenerhalt über Rahmenkredite abzuwickeln. Wir unterstützen die gewählte Strategie. Wichtig ist für uns, dass die Sanierungsarbeiten „mit reduziertem Standard“ weiterhin zur Anwendung kommen. Auch die vorausschauende Koordination Strassenunterhalt und Leitungsnetzerhalt muss weiterhin funktionieren. Jedes Sanierungsprojekt ist vor Baubeginn auf seine Notwendigkeit und Optimierung hin zu überprüfen. Für die Anwohnerschaft ist es besonders wichtig, dass einmal aufgerissene Strassenteilstücke innert kürzester Frist saniert werden und anschliessend wieder für den Verkehr frei gegeben werden. Die FDP-Fraktion unterstützt die Vorlage „MSE“.

Rudolf Kehrli (SP): Ich zitiere: *...Es wurde viel kritisiert, so auch die Staubplage entlang der Bernstrasse wegen dem Busverkehr. Der Gemeinderat versprach Abhilfe, wies jedoch darauf hin, dass der Kanton Bern der Gemeinde nur fünf Tonnen Teer zugesprochen hatte und diese Menge zur Teerung von 3'000 m² ausreiche. Für den Rest müsse Grien, Sand, Lehm genügen...* Das stand in einem Gemeindeversammlungsprotokoll, welches vor 64 Jahren niedergeschrieben worden ist. Damals ist der Bus nur bis zum Beaulieu gefahren (mangels Gummi und Benzin!). Die Zeiten haben sich geändert; die Strassensanierungsprobleme bestehen noch heute und sind nach wie vor aktuell. Auch die Methode hat sich geändert und aus diesem Grund debattieren wir heute Abend über den neuen Rahmenkredit für die Strassensanierungen.

Im Jahre 1999 wurde das MSE ins Leben gerufen. Der GGR hat einem entsprechenden Rahmenkredit von 2,5 Mio. Franken zugestimmt. Im Jahre 2003 wurde ein zweiter Rahmenkredit (1,925 Mio. Franken) bewilligt. Heute diskutieren wir über den dritten Rahmenkredit für die Jahre 2009 bis 2013. Die Strategie für den Unterhalt des gemeindeeigenen Strassennetzes von über 30 km Länge in der Vergangenheit hat sich bewährt. Die Strassen sind in einem akzeptablen Zustand. Die Sanierung nach einem billigeren, reduzierten Standard wird von niemandem in Frage gestellt. Die Kosten sind den Verantwortlichen nie aus dem Ruder gefallen.

Um die optimalsten Erhaltungsmassnahmen zu bestimmen, kommen diverse Parameter (Zeitpunkt, Wirtschaftlichkeit, Kapazität etc.) zum Einsatz. Dieses System hat sich bewährt und soll auch in Zukunft zur Anwendung gelangen. Die SP-Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Erich Blaser (SVP): Auch die SVP-Fraktion wird dem MSE-Rahmenkredit zustimmen. Uns steht hier ein sehr gutes Instrument zur Verfügung. Die Gemeindestrassen

sind in einem guten Zustand. Es wird laufend saniert. Ein reduzierter Satz kommt zur Anwendung. Ich möchte dem Departementsvorsteher, Thomas Werner, für die MSE-Geschäfte ein Dankeschön aussprechen. Er war zusammen mit den Mitarbeitenden des Tiefbauamtes der Gründer von MSE.

Gemeinderat Thomas Werner (SP): Ich werde diesen Dank an die Mitarbeitenden des Tiefbauamtes weiter geben. Das MSE wird auch in den nächsten Jahren weiter zur Anwendung kommen.

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Für die Umsetzung des Konzeptes „Management der Strassenerhaltung (MSE)“ mit reduziertem Standard wird zulasten der Investitionsrechnung 2009 bis 2013 ein Rahmenkredit von 2,1 Mio. Franken bewilligt.
2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, über den gemäss Beschlussesziffer 1) bewilligten Rahmenkredit zu beschliessen.
3. Die Zusammenstellung der zu sanierenden Strassen, welche die Investitionen aufzeigt, dient als Orientierungshilfe. Die einzelnen Sanierungen werden vor jeder Ausführung individuell überprüft.
4. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

69 10.372 Motionen
30.489 Mehrzweckhalle

Überparteiliche Motion betreffend Sport- und Kulturhalle Ostermundigen; Begründung

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Machbarkeitsstudie für die Erstellung einer kombinierten Sport- und Kulturhalle zu erstellen. Die Studie zeigt neben einem nachhaltigen Nutzungskonzept unter Einbezug der Vereine auch auf, wie eine solche Halle finanziert werden kann (Investitions- und Betriebskosten).

Begründung

Nicht erst das im vergangenen Jahr durchgeführte Bevölkerungsforum hat deutlich gemacht, dass der Wunsch nach einer Sport- und Kulturhalle in Ostermundigen vorhanden ist. Vielmehr ist es seit vielen Jahren ein Anliegen, dass unsere Gemeinde eine eigene Sport- und Kulturhalle erhält. Neben den Bedürfnissen der Sportvereine, Turniere und Wettkämpfe auf dem Grossfeld durchführen zu können, gibt es immer wieder auch Situationen, in welchen für kulturelle Veranstaltungen eine angemessene Infrastruktur fehlt. Sport und Kultur verbinden - generationenübergreifend. Mit einer neuen Infrastruktur lassen sich Events durchführen, welche über die Gemeindegrenzen hinaus eine Ausstrahlung haben.

Die Motionäre überlassen die Frage des Standortes bewusst dem Gemeinderat, fordern aber bei der Erstellung der Machbarkeitsstudie ein nachhaltiges Nutzungskonzept, in dem umweltverträgliche und verkehrstechnisch sinnvolle Anbindung der in Frage kommenden Standorte der Kultur- und Sporthalle aufgezeigt werden.

Bei der Finanzierung soll eine Partnerschaft mit privaten Investoren für Mantelnutzung geprüft werden.

Roger Schär (parteilos): Heute möchten wir endlich die Weichen für den Bau einer Sport- und Kulturhalle in Ostermundigen stellen. Der unüberhörbare grosse Wunsch der Bevölkerung und der Vereine, sowie das eigene Feuer der Motionäre für eine Sport- und Kulturhalle, waren die Motivation zur Einreichung vorliegender Motion einer Machbarkeitsstudie. Wir denken es ist nun endlich an der Zeit, Klarheit zu schaffen, wie es weiter gehen kann mit einem Bau einer Sport- und Kulturhalle oder eben nicht!?

Die Motion ist bewusst recht offen verfasst und lässt dem Gemeinderat grossen Spielraum für Eigeninitiative! Die Motion soll aufzeigen, wie eine Sport- und Kulturhalle nachhaltig finanziert werden kann. Wir denken, dass eine Partnerschaft für eine Mantelnutzung eine gute Möglichkeit der Finanzierung wäre.

Ostermundigen hat durch die gute Verkehrslage mit direktem Autobahnanschluss, dem guten ÖV und der Nähe zu Bern eine gute Ausgangslage einen Partner und In-

vestor zu finden. Sei es in der Form von Büros, Hotel oder Klubschule um nur einige zu nennen. Lassen wir uns doch überraschen!

Möglichkeiten des Standortes wurden im Vorfeld schon angedacht, aber werden bewusst dem Gemeinderat überlassen. Nicht zuletzt würde der eventuelle Partner auch in der Standortfrage ausschlaggebend sein.

Machen wir politisch einen Schritt vorwärts und machen endlich Nägel mit Köpfen, wir sind es der Bevölkerung und den Vereinen von Ostermündigen schuldig!

Ich danke herzlich für eure Unterstützung der Motion!

Eduard Rippstein (CVP): Der Bau einer Sport- und Mehrzweckhalle ist seit Jahren ein grosser Wunsch seitens der Bevölkerung und der Vereine. Was wir mit dem politischen Vorstoss beabsichtigen, ist dass endlich ein Konzept für eine Sport- und Kulturhalle erstellt wird. Das Geschäft ist planerisch so aufzugleisen, dass die Standortbestimmung und damit verbunden die nötige Umzonung vorgenommen werden kann. Die Erschliessung muss geplant sein und das Nutzungskonzept ist festzulegen.

Gemeinderat Egon Julmi (FDP): Der Gemeinderat kennt den von vielen Bürgerinnen und Bürgern geäusserte Wunsch nach einer grossen Sport- und Mehrzweckhalle. Insbesondere in Vereinskreisen wird das Thema seit Jahren intensiv diskutiert. Im Rahmen der Bevölkerungsforen im vergangenen Jahr ist dieser Wunsch ebenfalls oft geäussert worden. Die Exekutive steht diesen Wünschen grundsätzlich positiv gegenüber und ist sich bewusst, dass eine solche Halle (z. B. eine Dreifachturnhalle) der Gemeinde sehr gut anstehen würde. Mangelnde respektive nicht optimale Gelegenheiten sowie die Situation der Gemeindefinanzen haben dazu geführt, dass bis heute noch keine konkreten Vorschläge für die Realisierung eines solchen Gebäudekomplexes vorliegen.

Die letzte Diskussion zum Thema „Dreifachturnhalle“ hat am 14. Februar dieses Jahres im Grossen Gemeinderat stattgefunden. Ein parlamentarischer Vorstoss hatte die Realisierung einer Dreifachturnhalle im Rahmen der Sanierungsarbeiten in der Schulanlage Dennigkofen gefordert. Auf Antrag des Gemeinderates hat das Parlament damals die Umsetzung abgelehnt. Die Nachteile des Standorts Dennigkofen sind dabei von einer Mehrheit im Rat stärker als die Vorteile gewichtet worden. Der Eingang des vorliegenden parlamentarischen Vorstosses bedeutet für den Gemeinderat im vorerwähnten Sinn nichts anderes, als die Wiederaufnahme der Diskussion um einen seit Jahren latent vorhandenen Wunsch.

Da im Vorstoss die Standortfrage bewusst ausgeklammert wird, muss im Rahmen der hier geforderten Machbarkeitsstudie diese Frage intensiv bearbeitet werden. Ebenfalls intensiv behandelt werden muss die Frage nach der Trägerschaft, da die Gemeinde ein solches Sport- und Kulturzentrum nicht selber finanzieren kann.

Standort und Zusammensetzung der Trägerschaft können das Konzept einer Grosshalle markant beeinflussen. Mit anderen Worten gesagt: Ein Sport- und Kulturkomplex sieht nicht an jedem Standort gleich aus und die Zusammensetzung der Trägerschaft (private und öffentliche) kann ebenfalls entscheidende Einflüsse auf die zu beherbergenden Aktivitäten haben. Eine weitere Herausforderung stellt die Bestimmung des für Ostermundigen optimalen Nutzungsangebotes und der geeigneten Betriebsform dar.

Die überlagernde Behandlung der vorerwähnten Problemkreise macht die gestellte Aufgabe ausserordentlich komplex. Wenn die Machbarkeitsstudie verbindliche und allgemein gültige Aussagen zu allen möglichen Standorten, Nutzungsarten, Betriebskonzepten sowie Trägerschafts- und Finanzierungsmodellen (inkl. Energieproblematik) geben will, ist dazu ein ganz erheblicher Arbeitsaufwand notwendig. Es ist durchaus möglich, dass die Kosten allein für die Ausarbeitung der gewünschten Studie eine Grössenordnung erreichen, welche nur mit einem Parlamentsentscheid ausgelöst werden können.

Der Gemeinderat legt Wert auf die Feststellung, dass das Vorliegen der Machbarkeitsstudie keine Garantie darstellen wird, dass ein solches Sport- und Kulturzentrum auch gebaut wird. Dazu braucht es danach noch die entsprechenden Entscheide von möglichen Trägerschaften, Investoren sowie allen politischen Entscheidungsträgern.

In diesem Sinne ist der Gemeinderat bereit, die Motion entgegenzunehmen. Dem Rat ist sicher aufgefallen, dass ich in meinen Ausführungen bewusst verschiedenste Begriffe betreffend Namen für die Hallenbezeichnung verwendet habe, wo auch kulturelle Anlässe gemacht werden können.

Walter Bruderer (FORUM): Uns ist bekannt, dass seit „Menschengedenken (kurz nach dem Jahre 1291)“ eine Dreifachhalle gewünscht wird. Für uns ist es wichtig, die Folgen eines Kaufs zu kennen. Bevor eigentliche Projektanträge gestellt werden, erwarten wir, dass das Parlament zu einem Grobkonzept Stellung nehmen kann, das folgende Aspekte schlüssig beantwortet:

Bedürfnisnachweis für alle denkbaren Belange (welche Sportarten, welche Kultur Aspekte, welche Vereine, wer profitiert davon?, Standort, Realisierung zusammen mit welchen Nachbargemeinden und/oder Privaten, mit oder ohne Restaurant?, Indoor und Outdoor, Verwandtschaften mit anderen Bereichen (Klee, Schwimmbad, Trainingsplätzen usw.), Erreichbarkeit durch ÖV und miV, Immissionen, Auswirkungen aufs heutige Angebot, Finanz- und Energiebedarf (einmalig und wiederkehrend).

Wir stimmen der Motion zu, verlangen aber zuerst zu Händen des Parlaments ein Grobprojekt, das für die weiteren Bearbeitungsetappen Klarheit schafft und zwar in einer Planung, die den Namen „Planung“ tatsächlich verdient. HERMES ist grundsätzlich auch für Nicht-EDV-Projekte einsetzbar. Die Dauer und der Aufwand für die Planung der Bernstrasse-West sowie die bisherige Planung des Trams waren diesbezüglich keine Glanzpunkte. So etwas darf nicht nochmals geschehen. Sonst müsste ich als sichtbares Mahnmal den Tell „anzünden“.

Wer, wie die Finanzkommission, den Finanzplan für die nächsten Jahre bereits kennt - möchte auch erfahren, ob und ab wann das auf der Machbarkeitsstudie basierende Projekt überhaupt noch aus Eigenkapital finanzierbar ist. Die kürzlich in den Medien vorgestellte doppelte 3-fach-Turnhalle „Weissenstein“ kostet ca. 24 Mio. Eine Ostermundiger 3-fach-Turnhalle würde ich dem Verwaltungszentrum vorziehen.

Wir stimmen der Motion zu. Ein Grobkonzept soll Klarheit für das Parlament schaffen und zeigen, ob wir uns auf dem richtigen Weg befinden. Erst danach ist die Detaillierung vorzunehmen. Es darf nicht wie beim Projekt „Sanierung Bernstrasse-West“ eine rund 12 jährige Planungszeit zur Anwendung kommen und letztendlich nichts gebaut werden. Das Projekt ist etappenweise an die Hand zu nehmen.

Lucia Müller (SVP): Dem Anliegen der Motionäre würde auch unsere Fraktion von Herzen gern in der vorliegenden Form zustimmen. Doch leider ist unsere Gemeinde nicht die Nationalbank, wir können keine Milliarden aus dem Sack zaubern, auch nicht Millionen. Nein, herzaubern können wir keinen einzigen Franken. Und wir tragen hier nun einmal die Verantwortung auch für die finanziellen Belange unserer Gemeinde und diese erlaubt zum heutigen Zeitpunkt ganz sicher nicht, solchen Wunschbedarf umzusetzen - wie gesagt, sehr zum Leidwesen auch unserer Fraktion. Wir wären unserer Jugend ein schlechtes Beispiel, wenn wir das nicht vorhandene Geld mit beiden Händen ausgeben und uns nicht darum kümmern würden, ob wir eine Anschaffung finanzieren können oder nicht. Geld, das uns dann bei wirklich wichtigen Aufgaben fehlen wird.

Es ist für uns nahe liegend, dass ein solches Projekt mit Partnern angegangen werden muss. In der näheren Umgebung in Ittigen, Bolligen und/oder Stettlen dürften bei aktiver Suche unserer obersten Gemeindevertreter sicher an einer solchen Zusammenarbeit interessierte Nachbarn gefunden werden. Nach unseren Informationen lagen schon vor Jahren solche Pläne bereits in der einen und andern Schublade und es ist inzwischen viel gegangen auf dem ideal gelegenen Gelände rund ums Rothus. Nur leider nicht in diese Richtung!

Die Planung zum heutigen Zeitpunkt bereits so konkret in Angriff zu nehmen wie die vorliegende Motion es fordert, wäre in unseren Augen finanzieller Leerlauf, weil wir eine Umsetzung schlicht nicht finanzieren könnten. Wir schlagen darum vor, auch hier nicht ganz neue, aber durchaus spannende Wege zu gehen. Die Ausstellung „Hang up“ konnte dem Besucher viele interessante Projekte näher bringen und wir könnten uns ähnliches auch für ein Projekt „KuSpo“ vorstellen. Wir sind der Meinung, dass ein solches Projekt in die nach den Wahlen neu zu formulierenden Legislaturziele aufgenommen werden müsste.

Deshalb schlägt die SVP-Fraktion den Motionären vor, heute einen Gang zurückzuschalten und die Motion in ein Postulat umzuwandeln mit dem Auftrag, in der Agglomeration für die Realisation einer Sport- und Kulturhalle Partner zu finden und für die Planung eine mögliche Zusammenarbeit im Sinne der bereits erwähnten Ausstellung „Hang up“ zu prüfen. Einem solchen Postulat könnte die SVP-Fraktion zustimmen, die vorliegende Motion müssten wir ablehnen.

Eduard Rippstein (CVP): Wir wollen eine Planung, wir bearbeiten die Ortsplanungsrevision, jetzt ist die Platzierung dieses Vorhabens an die Hand zu nehmen. Wenn das Verwaltungszentrum kontra Sport gestellt wird, ist das Verhältnis eines Besuches einer der beiden Orten ca. eins zu tausend. Geben wir dem Projekt die Priorität, welches bestimmt mehr besucht resp. benötigt wird.

Die Motion will, dass die Planung an die Hand genommen wird. Das soll zusammen mit Partnerorganisationen stattfinden. Partnerorganisationen könnten durchaus auch Nachbargemeinden sein.

Norbert Riesen (SP): Ich verstehe die Welt auch nicht mehr ganz. Ich war der Meinung, die SVP sei eine wirtschaftsnahe Partei. Wir müssen ein Konzept und Projekt erstellen und Vorabklärungen vornehmen, um wenn die Chance sich ergibt, zuschlagen resp. bauen zu können. Wenn die Möglichkeit besteht, im Rothus etwas zu bauen, müssen wir doch wissen, was will und was braucht die Bevölkerung. Wer könnten die Partner sein? Diese Fakten müssen vorgängig eruiert werden. Vorbereitete Machbarkeitsstudien und Projekte sind die Erfolgsgaranten für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung.

Einerseits leiden wir unter der Finanzknappheit, andererseits sollen in der nächsten Legislaturperiode einige Lösungsvorschläge für eine Mehrzweckhalle präsentiert werden. Wer den Finanzplan kennt, dem ist bekannt, dass wir auch in der nächsten Legislaturperiode unter der Finanzknappheit leiden werden.

Die Frage Wunschbedarf oder Zwangsbedarf ist keine Frage der Finanzen, sondern gibt Aussage über die Wichtigkeit eines Vorhabens.

Es ist komisch: Im nächsten Traktandum will die SVP-Fraktion mittels einer Motion ein Verwaltungszentrum erwerben.

Aziz Dogan (SP): Ostermundigen braucht eine Mehrzweckhalle. Im Winter hat der FCO stets grosse Probleme, genügend Trainingsplätze resp. Turnhallen belegen zu können. Die Junioren gehen in die Nachbargemeinden zum Fussballspielen. Mein Junior, welcher seit 10 Jahren beim FCO spielt, geht im Winter nach Bolligen, Ittigen etc. ins Training.

Die Mehrzweckhalle kann für Feste oder zum Theaterspielen gebraucht werden. Es ist allen klar, dass die Gemeindekasse finanzielle Probleme bekundet. Die Halle muss ja nicht heute gebaut werden, der Bau kann auch erst in drei bis vier Jahren fertig sein. Eine Mehrzweckhalle ist in Ostermundigen notwendig. Bitte unterstützt die Motion.

Beat Leumann (FDP): Am letzten Dienstagabend besuchte ich im Bären ein Podiumsgespräch zum Thema „Fusion mit der Stadt Bern“. An diesem Anlass wurde u. a. die Frage gestellt: *Gibt es noch die Ostermundiger?* Einige sagten ja, andere beklag-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 30. Oktober 2008

ten sich, dass die jungen Menschen sich in Ostermundigen nicht mehr integrieren können, da ihnen ein entsprechender Standort fehlt. Mit der Motion kann ein Projekt für die Ostermundiger Bevölkerung realisiert werden. Die Bevölkerung soll hier bleiben und Veranstaltungen vor Ort besuchen können.

Heinz Gfeller (FDP): Wenn schon ein solches Grossprojekt an die Hand genommen werden soll, dann kann dies nicht ohne Gefahren vollzogen werden. Wir setzen uns bei der Überweisung der Motion dafür ein, dass der Bau einer Mehrzweckhalle im Vordergrund steht. Ob ein KKL oder eine Sporthalle realisiert werden soll, da besteht ein grosser Unterschied.

Das vorgestellte Vorgehen von Walter Bruderer mit einer Studie und einem Grundsatzentscheid könnten wir eventuell unterstützen.

Ernst Hirsiger (SVP): Mehrzweckanlagen haben schon in einigen Gemeinden zu finanziellen Desastern geführt!

Walter Bruderer (FORUM): „*In schlechten Zeiten ist für die guten Zeiten planen.*“ Diesem Grundsatz soll die vorliegende Motion entsprechen. Wir sind momentan keine reiche Gemeinde, doch dies schliesst eine vernünftige Planung nicht aus.

Ich bin mit deinem Votum, Norbert, nicht ganz einverstanden. Ich behalte mir vor, am Tag X pro Mehrzweckhalle abzustimmen. Der Bau einer solchen Halle müsste mit Fremdkapital finanziert werden. Ob ich dies unterstützen kann, weiss ich heute noch nicht. Zuerst muss ich am 30. November wiedergewählt werden.

Die CVP-Fraktion verlangte mittels parlamentarischem Vorstoss eine sogenannte Sportstättenplanung. Dieser Vorstoss wurde leider vom Parlament abgelehnt. Der Bau einer Mehrzweckhalle sollte trotzdem realisierbar sein.

Egon Julmi möchte ich noch mitteilen, dass das FORUM die seinerzeitige Dreifachturnhalle im Dennigkofen nicht abgelehnt hat. Wir haben uns gegen den Standort ausgesprochen.

Roger Schär (parteilos): Ich möchte noch etwas zum Begriff „Sport- und Kulturhalle“ anfügen. Ich will an diesem Begriff festhalten. Der Sport soll nicht gegen die Kultur ausgespielt werden. Ob der Begriff „Kulturhalle“ oder „Mehrzweckhalle“ gewählt wird, entspricht etwa den Aussagen, wenn eine Katze „Büsi“ gerufen wird oder „den Esel am Schwanz aufhängen!“ Der Preisunterschied für eine Kultur- oder eine Mehrzweckhalle wird nicht derart gross sein.

Lucia Müller (SVP): Ein wenig mehr Kultur, als du Roger uns zugestehst, kennen wir in Ostermundigen schon. Ansonsten möchte ich dich gerne an eine Sitzung der Kulturkommission einladen.

Norbert Riesen (SP): Ich will noch etwas klar stellen. Wir erteilen heute Abend keinen Freipass für die Planung einer Halle. Mir ist es ebenfalls wichtig, dass wir die Projektplanung beschleunigen. HERMES kann auch hier eingesetzt werden. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass der FCO einen Vorgängernamen kannte: Fusion Rapid/SCO, Arbeiterfussballklub und früher FC Beaulieu. Dies waren die Stammzellen des Fussballs in Ostermundigen.

Christian Zeyer (SP): Das von Ernst Hirsiger angesprochene finanzielle Fiasko hat mir gefallen. Wenn schon eine gewisse Angst davor besteht, so bedingt dies doch um so mehr eine vorgängige gute Planung. Das Bevölkerungsforum hat klar gezeigt, dass der Wunsch nach einer Dreifachhalle besteht. Die Finanzierung und der Standort ist zu planen. Dem Parlament sind fundierte Grundlagen vorzulegen.

Lucia Müller (SVP): Die SVP-Fraktion ist nicht prinzipiell gegen den Bau einer Sport- und Kulturhalle. Wir möchten den politischen Vorstoss in einer abgeschwächten Form (Postulat) an den Gemeinderat überweisen. Dies ist der einzige Antrag, den wir gestellt haben.

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der GGR fasst mit 29 zu 5 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Die überparteiliche Motion betreffend Sport- und Kulturhalle Ostermundigen wird begründet, erheblich erklärt und als Postulat an den Gemeinderat überwiesen.

5

----- 10 MINÜTIGE PAUSE -----

⁵ Rupert Moser (SP) verlässt um 19.40 Uhr die Sitzung. Es sind noch 36 Ratsmitglieder anwesend.

70	10.372	Motionen
	10.442	Liegenschafts- und Landbeschaffung (Erwerb von Miete/Pacht)
	30.410	Verwaltungszentrum

Motion der SVP-Fraktion betreffend Miete oder Kauf eines Verwaltungszentrums; Begründung

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat die Grundlagen zu erarbeiten, dass dieser darüber entscheiden kann, ob an der Urne über die Miete oder den Kauf eines neuen Verwaltungszentrums abgestimmt werden soll.

Begründung

Aus verschiedenen Medienberichten konnten wir erfahren, dass der Gemeinderat beabsichtigt, ein neues Verwaltungszentrum, welches von privaten Investoren gebaut werden soll, zu mieten. Ein entsprechender Antrag soll dem Parlament und den Stimmberechtigten demnächst unterbreitet werden.

Uns scheint es sehr wichtig, nicht nur die Variante „Miete“ sondern auch die Variante „Kauf“ in Betracht zu ziehen. Dem Parlament sollen die Vor- und Nachteile dieser beiden Möglichkeiten klar bekannt gegeben werden. Schlussendlich soll das Parlament darüber entscheiden können, ob den Stimmberechtigten beantragt wird, ein Verwaltungszentrum in einer fremden Liegenschaft einzumieten oder dieses im Besitz der Gemeinde haben zu wollen.

Markus Truog (SVP): Die Begründung konnte schon am letzten Freitag in der Bantiger Post nachgelesen werden. An der letzten Ratssitzung zeigten einige Leute wenig Verständnis für den Rückzug der Interpellation. Ursprünglich hätte die Vorlage „Miete/Kauf“ schon in diesem Jahr dem GGR vorgestellt werden sollen. Der Wettbewerb und verschiedene Projekte haben zur Verzögerung des Geschäftes geführt. Nach der Einreichung der Interpellation haben wir gemerkt, dass für eine Motion (verbindlichere Form) noch genügend Zeit besteht.

Es geht heute Abend in keiner Weise um „Verwaltungszentrum ja oder nein“ und auch nicht um den Kauf eines Verwaltungszentrums. Der Gemeinderat soll Grundlagen für verschiedene Varianten aufzeigen. Welche Form ist die Günstigste? Was ist sinnvoller: Kauf oder Miete? Studenten der Fachhochschule Burgdorf haben erst kürzlich Ideen (u. a. auch das Verwaltungszentrum) zur Zukunft von Ostermundigen aufgezeigt. Der SVP-Fraktion ist zu Ohren gekommen, dass der Gemeinderat nur die Variante „Miete“ weiterverfolgen will. Wir sind der Auffassung, dass auch andere Ideen gezeigt und berechnet werden müssen.

Das Gemeindehaus gehört der Gemeinde und die Gemeinde ist nicht in einer Liegenschaft eingemietet. Dem Parlament sind Grundlagen für die Weiterbearbeitung bekannt zu geben. Der GGR will letztendlich dem Souverän den Verkauf oder die Miete eines Verwaltungszentrums zum Entscheid vorlegen können.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ich kann es vorweg nehmen: Für den Gemeinderat steht die Variante „Mieten“ ganz klar im Vordergrund. Gegenüber den Medien und der Öffentlichkeit hat der Gemeinderat das auch so kommuniziert. Allerdings ist sich der Gemeinderat bewusst, dass die Frage „Mieten“ oder „Kaufen“ eine sehr zentrale Frage darstellt. Genauso wird der Gemeinderat gegenüber dem Parlament und dem Volk begründen, warum er die Variante „Mieten“ der Variante „Selber Bauen“ vorzieht.

In der Botschaft an den Grossen Gemeinderat werden wir die Argumente Pro und Contra eingehend erläutern. Heute möchte ich nicht schon im Detail darauf eingehen, einige Überlegungen erlaube ich mir trotzdem:

- Für einen Investor ist die Gemeinde eine interessante Mieterin, weil sie einen langjährigen Mietvertrag abschliesst, stets professionelle Ansprechpartner bietet, stets ihren Verpflichtungen nachkommt und nicht Konkurs machen wird. Diese Qualitäten geben der Gemeinde eine starke Position bei den anstehenden Verhandlungen, obwohl sie „nur“ Mieterin ist. Ein Beispiel dafür ist die Tatsache, dass der Gemeinde durch den Architekturwettbewerb keine Kosten entstehen und sie trotzdem in der Wettbewerbsjury vertreten ist.
- Der Gemeinderat möchte nur diejenige Bürofläche mieten, die von der Verwaltung tatsächlich beansprucht wird. Er möchte sich aber die Option offen halten, später bei Bedarf zusätzliche Büroflächen mieten zu können. Will sich die Gemeinde bei der Kaufvariante eine ähnliche Option offen halten, muss sie höchstwahrscheinlich das ganze Bürogebäude kaufen und die aktuell nicht benötigte Bürofläche in eigener Regie vermieten. Im Vergleich zur Variante „Mieten“ bedeutet das zusätzliche Risiken und zusätzlicher Aufwand.
- Ein interessanter Aspekt der Variante „Mieten“ ist die Sicherheit in Bezug auf die Finanzplanung: Die zu erwartenden Mietkosten sind auf lange Sicht bekannt und bleiben stabil. Im Gegensatz dazu sind bei der Kaufvariante die Kosten für den Liegenschaftsunterhalt gewissen Schwankungen unterworfen und der personelle Aufwand ist auch nicht zu unterschätzen.
- Die Variante „Mieten“ bringt weiter den Vorteil, dass die Gemeinde bei Ablauf der Vertragsdauer entscheiden kann, ob sie die Verwaltung in einem neuen Zuhause unterbringen will oder nicht. Der Mieter ist weniger stark an eine Liegenschaft gebunden als der Eigentümer, und er kann dies zu seinem Vorteil nutzen.
- Auf der andern Seite besteht bei der Variante „Mieten“ das Risiko, dass der Mieter bei Vertragsablauf bleiben möchte und der Vermieter in Kenntnis dieser Absicht versucht, den Mietpreis in die Höhe zu schrauben. Diesem Risiko kann aber begegnet werden, indem die Verhandlungen über die Vertragsverlängerung frühzeitig aufgenommen werden. Verbleibt der Gemeinde genügend Zeit, um eine andere Lösung zu finden, kann sie nicht beliebig unter Druck gesetzt werden.

Die Motionäre ziehen eine Variantenabstimmung in Betracht. Da für den Gemeinderat eine Variante klar im Vordergrund steht, setzt er sich auch dafür ein, dass genau diese Variante dem Volk zum Entscheid unterbreitet wird. Eine Variantenabstimmung

würde der Gemeinderat nur unterstützen, wenn er beide Varianten als gleichwertig beurteilt. Das ist hier aber nicht der Fall.

Der Motionstext lässt einen Interpretationsspielraum offen, der heute geklärt werden muss.

- Der Text kann so interpretiert werden, dass der Gemeinderat beauftragt wird, vor der Behandlung des Geschäfts im GGR parallel zwei Varianten bis zur Beschlussreife auszuarbeiten - dazu ist der Gemeinderat ganz klar nicht bereit. Erstens, weil für ihn die Variante „Mieten“ klar im Vordergrund steht, und zweitens weil die Ausarbeitung von zwei Varianten bis zur Beschlussreife mit grossem Aufwand verbunden wäre.
- Der Text kann auch so interpretiert werden, dass der Gemeinderat dem GGR seine Argumente pro und contra „Mieten“ resp. „Kaufen“ unterbreitet und der GGR gestützt auf diese Argumente entscheidet, ob er den Antrag des Gemeinderats unterstützt oder eine andere Variante ausarbeiten lassen will - die Begründung des Antrags mit Argumenten ist für den Gemeinderat selbstverständlich.

Für die zweite Interpretation des Motionstextes wäre die Form des Postulats angemessen. Es wäre damit klar, dass der Gemeinderat selbst entscheidet, wie ausführlich er die empfohlene Variante begründen und wie detailliert er die nicht empfohlenen Varianten erläutern und bewerten will. Und klar ist auch, dass der GGR anschliessend entscheidet, ob er dem Antrag des Gemeinderats zustimmen oder ob er das Geschäft zur Überarbeitung zurückweisen will. Der Gemeinderat empfiehlt deshalb den Motionären, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln und er ist bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Es freut den Gemeinderat, dass in den bisherigen Reaktionen und Diskussionen die Notwendigkeit eines neuen Verwaltungszentrums nie in Frage gestellt worden ist. In diesem Sinne sieht er der Diskussion über die Frage, ob das Verwaltungszentrum gemietet, gekauft oder selber gebaut werden soll, mit Interesse entgegen.

Markus Truog (SVP): Im Motionstext ist kein Termin fixiert worden, wann das Geschäft dem GGR vorgelegt werden muss. Wir können uns der Interpretation „Variante 2 - Grundlagen geliefert, anschliessen. Anschliessend können wir im Parlament über das weitere Vorgehen entscheiden. Wir halten nach wie vor an der Motion fest, mit dem Hinweis, wir benötigen nicht zwei fertige Vorlagen, sondern Grundlagen um im Parlament über das wie weiter entscheiden zu können.

Walter Bruderer (FORUM): Bei der vorliegenden Motion geht es um Miete oder Kauf. Vom Gemeinderat habe ich Variantenvorschläge erwartet. Bei jedem Geschäft sind dem Parlament Varianten vorzustellen. Sind die Bedürfnisse für ein neues Verwaltungszentrum unter Berücksichtigung der Finanzlage berechtigt? Welche echten Probleme gibt es heute und wie häufig? Welche materiell messbaren und immateriellen Folgen hätte ein neues Verwaltungszentrum für die Verwaltung und vor allem für welche Bevölkerungsteile? Wie häufig gehen welche Bevölkerungsgruppen zu wel-

chen Verwaltungsabteilungen? Ohne politisches Amt hätte ich die Verwaltung in den vergangenen 40 Jahren nur selten besuchen müssen. Echter Handlungsbedarf sehen wir nur fürs „Alpenrösli“. Was geschieht mit jenen Räumen (Tell usw.), die in den heutigen Gebäuden der Gemeinde genutzt werden?

Zuerst wollen wir ein Grobkonzept als Gesamtschau von Anforderungen und Lösungsmöglichkeiten und mit allen Kostenfolgen. Unter diesen Bedingungen stimmen wir der Motion zu.

Norbert Riesen (SP): Die SP-Fraktion kann sich grundsätzlich mit der Haltung des Gemeinderats einverstanden erklären. Selbstverständlich haben wir Verständnis für die Fragen der SVP. Der Zeitpunkt der Fragen ist jedoch nicht der Allerbeste. Wir müssen über die Situation heute diskutieren. Wieso hat der Gemeinderat diesen Weg eingeschlagen? Welches ist unser Gewinn bei diesem auf Zeit spielen? Wieso wird die Miete dem Kauf vorgezogen? Diese Fragen wurden in der SP-Fraktion bereits viel früher diskutiert. Wenn schon Alternativen geprüft werden sollen, hätten wir auch die Standortfrage und nicht nur Miete/Kauf zur Diskussion gestellt. Die SP-Fraktion überlässt dem Gemeinderat die Führungsverantwortung bei diesem Geschäft. Die Verhandlungen sind am laufen. Das ganze Projekt soll vom GU realisiert werden. Dieser Sachverhalt ist für uns kein Nebenaspekt. Wieso wurde nicht interveniert?

1. Ein „Kauf“ kommt infolge der Flexibilität nicht in Frage. Am Podiumsgespräch FDP/SVP wurde die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden diskutiert. Vielleicht ändern sich die Bedürfnisse im Laufe der Zeit und wir sind dann froh, flexibel handeln zu können.
2. Kostenhöhe: Bei einem Kauf kommt eine Grundverschuldung zum Zuge.
3. „Verhandlungen sind zu führen.“ Wie steht der GU da, wenn die Verhandlungsmodalitäten stetig gewechselt werden. Wie sieht der Stand der Verhandlungen aus und ist eine Grundsatzbereitschaft festzustellen?

Wird die Haltung 1 von der SVP-Fraktion bevorzugt? Oder soll eine Variantenabstimmung dem Volk vorgelegt werden? Wir sehen keinen Grund, dem Geschäft in Form von Motion oder Postulat zuzustimmen. Wir wollen ein Verwaltungszentrum und der Gemeinderat hat eine transparente Haltung einzunehmen. Wir wollen keine Zeitverzögerung

Heinz Gfeller (FDP): Ein Projektablauf ist ein wichtiges Instrument. Ich möchte die Aussagen von Norbert Riesen bekräftigen. Laufen die Verhandlungen ab und der Investor hat bereits beträchtliche Investitionen geleistet, können die Rahmenbedingungen nicht geändert werden. Wir schätzen, dass die Projektkosten, welche letztendlich vom Steuerzahlenden bezahlt werden, unnötig verteuert werden. Die FDP-Fraktion tendiert zu einer Stimmenthaltung.

Synes Ernst (CVP): Viele Fragen bleiben unbeantwortet. Sämtliche Fragen sind auf den Tisch zu legen und die CVP-Fraktion fordert den Gemeinderat auf, sämtliche mögliche Varianten aufzuzeigen. Anschliessend können wir uns entscheiden und die Motion als erfüllt abschreiben. Jetzt werden offene Türen ingerannt. Der Gemeinderat muss sich zur Variante „Miete“ äussern. Wir werden die Motion der SVP-Fraktion unterstützen.

Ernst Hirsiger (SVP): Mich lässt heute Abend das Gedächtnis im Stich. Hat der GGR dem Gemeinderat jemals den Auftrag erteilt, mit Investoren über eine Verwaltungszentrum zu verhandeln?

Norbert Riesen (SP): Wenn der Gemeinderat die Unterlagen aufarbeiten und noch andere Fragen beantworten will, so ist das für mich Führungsverantwortung seitens des Gemeinderates. Gegen diesen Umstand haben wir nichts einzuwenden. Heute geht es darum, dass das Verwaltungszentrum möglichst rasch realisiert werden kann. Es ist komisch, dass eine gute Begründung zusätzlich mit einer Motion bekräftigt werden soll.

Markus Truog sollte mehr Sensibilität bei Interessenskonflikten an den Tag legen. Ich fand es störend, dass ein Gemeindemitarbeiter in der Bantiger Post an vorderster Front Stellung bezogen hat.

Thomas Wegmüller (SVP): Der Gemeinderat will in Richtung „Miete“ gehen. Mir ist auch kein Auftrag bekannt, zusammen mit einem Investor über eine Miete zu diskutieren.

Heute geht es nicht darum, Miete und Kauf einander gegenüber zu konkurrenzieren. Bitte zeigt uns auf, welche finanziellen Mittel für die verschiedenen Varianten zur Verfügung gestellt werden müssen. Geht auf die Strasse und nehmt Kontakt mit der Bevölkerung auf. Was will das Volk überhaupt? Vielleicht stellt sich dann die Frage, ob diese Investition überhaupt notwendig ist. Wenn ich einen neuen Standort suchen muss, will ich abschätzen können, ob ich eine Wohnung mieten, oder eine Liegenschaft kaufen werde.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Markus Truog hat sich dahingehend geäussert, dass es primär darum geht, Entscheidungsgrundlagen darzulegen. Dieser Sachverhalt ist für mich selbstverständlich. Wie Norbert Riesen erwähnt hat, bedingt es im Grunde genommen den vorliegenden Vorstoss gar nicht. Ich nehme den Hinweis „Kauf“ oder „Miete“ entgegen. Ich nehme zur Kenntnis, dass diese Fragen die SVP-Fraktion stark interessieren.

Ist ein Auftrag vorhanden? Seit mehr als 25 Jahren ist das Verwaltungszentrum ein Thema in Ostermundigen. Etliche Male haben wir über die Standorte diskutiert. Den Standort „Dreieck“ haben wir hier im Ratssaal aufgegeben, als wir uns zum Verkauf der Liegenschaft Untere Zollgasse 8 und 10 entschlossen haben. Die Standorte

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 30. Oktober 2008

„Bahnhof“ und „Küntigrube“ wurden als mögliche Alternativstandorte bestimmt. Der Gemeinderat bedarf keinen Auftrag seitens des Parlaments.

Zeitlicher Aspekt: Wir haben keine Verzögerung durch die Behandlung des Geschäftes, die Verzögerung hat sich bei der Überarbeitung des Wettbewerbs ergeben. Das Geschäft nimmt seinen normalen Verlauf.

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der GGR fasst mit 19 zu 4 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion der SVP-Fraktion betreffend Miete oder Kauf eines Verwaltungszentrums wird begründet, erheblich erklärt und als Postulat an den Gemeinderat überwiesen.

P e r s ö n l i c h e E r k l ä r u n g

Markus Truog (SVP): Dem Votum von Norbert Riesen möchte ich entgegen halten, dass es nicht einfach ist, sich als Verwaltungsangestellter zu gewissen Geschäften zu äussern. Wo darf ich und wo darf ich nichts sagen? Wenn die SP-Fraktion die Wahl von Verwaltungsangestellten in das Parlament unterstützt, so sollen diese Verwaltungsangestellten sich zu möglichst viel äussern können. Wenn die persönliche Situation des Angestellten tangiert wird, dann werde ich mich nicht dazu äussern.

Ein Verwaltungszentrum kann vielleicht irgend wann mein Büro sein. Dies betrifft mich nicht persönlich, sondern auch noch 120 andere Mitarbeitenden der Verwaltung. Ich werde mich auch inskünftig bei diesem Geschäft zu Wort melden, sofern ich wiedergewählt werde.

71 10.372 Motionen
 10.2001 Eisenbahn

Motion R. Unteregger (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Zugänglichkeit des 2. Perrons im Bahnhof Ostermundigen; Begründung

Wortlaut

1. *Der Gemeinderat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der SBB ein Projekt auszuarbeiten, mit dem die Zugänglichkeit des 2. Perrons im Bahnhof Ostermundigen auch für Personen gewährleistet werden kann, für welche die Treppen den Zugang heute verhindern oder erheblich erschweren.*
2. *Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Parlament dieses Projekt bis Juni 2009 zu unterbreiten.*

Begründung

Das zweite Perron im Bahnhof Ostermundigen ist seit dessen Erbauung in den 60er Jahren nur über drei Treppen zugänglich. Es ist damit für Eltern mit Kinderwagen, für gehbehinderte Personen, für Rollstuhlfahrende und teilweise auch für ältere Leute grundsätzlich nicht erreichbar. Es bieten sich zwei Alternativen an. Der Umweg: Man nimmt den Bus nach Bern Hauptbahnhof und startet die Reise ins Oberland dort - für eine auf Wachstum ausgerichtete Gemeinde mit rund 16'000 Einwohnern keine Lösung. Alternative 2: Man überquert mit höchstem Risiko trotz Verbot das Bahngleis oberirdisch. Solche Überquerungen waren schon vor 20 Jahren abenteuerlich, spätestens heute sind sie lebensgefährlich. Die Anzahl passierender Züge hat sich seither mehr als verdoppelt, der Bahnhof ist nicht mehr bewacht, die Sichtdistanz eines aus der Kurve erscheinenden Zuges ist gefährlich kurz.

Seit Jahren wird die Lösung dieses Problems mit Verweis auf die Entwicklungspläne betreffend Bahnhof Ostermundigen aufgeschoben. Dem Vernehmen nach sind erneut Gespräche zwischen der Gemeinde und der SBB geführt worden, ohne dass sich eine Lösung innert nützlicher Frist abzeichnet.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Initiative zu ergreifen und dem Parlament unter Einbezug der SBB ein Projekt zu unterbreiten, das eine Lösung aufzeigt. Die Gemeinde Ostermundigen trägt zusammen mit den SBB eine Mitverantwortung für die Bahnreisenden von oder nach Ostermundigen. Das Gefahrenpotenzial ist zu gross, als dass wir das Problem mit Verweis auf künftige Entwicklungen im und um den Bahnhof noch weiter vor uns herschieben dürfen. Wir werben für neue Einwohnerinnen und Einwohner. Sie sollen bei uns ein gut ausgebautes öV-Netz vorfinden. Dazu gehört auch ein Bahnhof, der für alle Reisenden umfassend zugänglich ist.

Regula Unteregger (SP): Mani Matter hat bereits ein Lied über die „Bahnhöfe“ gesungen. In Ostermundigen gibt es die Geschichte, wo der Zug vor Ort ist, aber nicht

alle Mitfahren können. Wieso können sie hier nicht? Es sind behinderte Leute, ältere oder gebrechliche Personen sowie Mütter mit Kinderwagen. Dieser Zustand ist unakzeptabel und muss innert kürzester Frist behoben werden.

Das Thema ist nicht neu. Bereits im letzten Jahr wurde ein Postulat der FDP in diesem Zusammenhang überwiesen. Der Inhalt des Postulats ist ein Auftrag an den Gemeinderat, Abklärungen vorzunehmen, um die Zugänglichkeit für behinderte Personen zu klären. Der Auftrag ist ohne Verbindlichkeit und Zeithorizont. Mit den anstehenden Veränderungen (z. B. Tramführung) bin ich mir nicht sicher, ob dieses Problem miteinbezogen wird. Es darf nicht sein, dass behinderte, ältere oder gebrechliche Personen sowie Mütter mit Kinderwagen nur sprichwörtlich dann zum Zug kommen, wenn dieser auf dem richtigen Perron startet.

Ich weiss von was ich spreche. Ich bin selber gehbehindert und weiss was es heisst, im Rollstuhl mobil zu sein. Diesen Personengruppen sind die Steine aus dem Weg zu räumen. Auch die Zeit spielt eine Rolle. Für einen Rollstuhlfahrenden ist es wichtig zu wissen, ob er zuerst mit dem Bus in die Stadt fahren muss und dort den Zug nehmen kann. Auch für Elternteile mit Kinderwagen spielt es eine Rolle, ob die Zugänglichkeit zum entsprechenden Perron ohne Schwierigkeiten gewährleistet ist oder nicht.

Eine Gemeinde mit nahezu 16'000 Einwohnenden, welche noch expandieren und den ÖV fördern will, steht in der Pflicht, hier verbindlich etwas zu tun. Ein Konzept muss erarbeitet werden. Der Gemeinderat hat sich zu bekennen, innert welcher Frist er dies Angehen will. Eine Vorrednerin oder ein Vorredner hat heute Abend erwähnt, dass wir die Verantwortung für die Finanzen der Gemeinde Ostermundigen tragen. Diese Aussage ist richtig. Wir tragen jedoch auch die Verantwortung für die Menschen, welche in Ostermundigen leben. Ich bin überzeugt davon, dass hier eine Lösung gefunden werden kann. Die Bandbreite ist gross und ich habe Vertrauen in die Verwaltung, dass hier eine sinnvolle Lösung gefunden werden kann. Zentral für mich und die SP ist, dass innert Frist (bis 2009) ein Konzept erarbeitet wird.

Ein verbindlicher Auftrag an den Gemeinderat stärkt die Verhandlungsposition gegenüber den SBB. In der Pflicht steht nicht nur die Gemeinde Ostermundigen sondern auch die SBB. Je klarer der Auftrag zugunsten behinderter, älteren oder gebrechlichen Personen sowie Müttern mit Kinderwagen ist, desto mehr stehen sie in der Pflicht, eine Lösungsmöglichkeit zu suchen. Ich bitte den Rat, die vorliegende Motion zu unterstützen.

Rudolf Wiedmer (SP): Ich kann Regula Unteregger unterstützen. Vor rund 30 Jahren hatte ich auch Kleinkinder und einen Kinderwagen. Damals wurde ich noch schräg angeschaut, wenn ich mit dem Kinderwagen den Bus besteigen wollte. Personen im Rollstuhl waren damals nicht auf der Strasse. Die Zeiten haben sich geändert. Bus und Tram sind mit Rampen ausgerüstet, damit Behinderte möglichst einfach ein- und aussteigen können. Behinderte und Kinderwagen werden im ÖV akzeptiert. In Ostermundigen können auf dem Perron 2 weder Behinderte noch Kinderwagen in den Zug ein- bzw. aussteigen.

Ich bin nicht Architekt, habe jedoch selber ein GA und fahre viel Zug. Was in anderen Bahnhöfen möglich ist, sollte auch in Ostermundigen möglich sein. Parallel zum Geleis ist eine Rampe zu bauen, welche rollstuhlgängig ist. Die Gemeinde hat diesbezüglich mit den SBB in Kontakt zu treten. Sollte ein Unfall passieren, ist es nicht billiger, eine Rampe zu bauen? Nicht nur die Kosten, auch das Image der Gemeinde Ostermundigen ist zu betrachten.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Der Grosse Gemeinderat hat im Juni 2007 bereits ein Postulat der FDP zum Thema „Zugänglichkeit von Perron 2“ erheblich erklärt. Der Gemeinderat hat in der Zwischenzeit den Kontakt mit den SBB gepflegt und gemeinsam ist eine Projektskizze ausgearbeitet worden.

Die Absicht war dabei die, eine Lösung für einen behindertengerechten Zugang von Perron 2 zu finden, die durch den beabsichtigten Ausbau der Unterführung nicht tangiert würde und die auch nach dem Ausbau ihren Zweck noch erfüllen könnte. Deshalb wurde geprüft, wie der heute bestehende Treppenaufgang aus der Unterführung zu Perron 2 mit einem Lift ergänzt werden könnte. Beim vorgesehenen Ausbau der Unterführung wird die südliche Wand der Unterführung nicht verschoben, und deshalb muss auch der in dieser Wand angeordnete Zugang zu Perron 2 nicht verändert werden.

Die Idee dieser Liftanordnung ist gut, aber die geschätzten Kosten sind erschreckend hoch. Die Vertreter der SBB schätzen die Kosten auf ca. 2 Mio. Franken. Dabei fallen 1 Mio. Franken auf die Baumeisterarbeiten und den Lift und 1 Mio. Franken auf Anpassungen der SBB-Infrastruktur und auf den beeinträchtigten Bahnbetrieb. Zudem rechnen die SBB mit einer Realisierungszeit von ca. zwei Jahren. In Anbetracht der hohen Kosten und der langen Realisierungszeit hat der Gemeindepräsident das Projekt nicht weiter voran getrieben.

Der Gemeinderat geht davon aus, dass dem GGR bewusst ist, dass es keine Billiglösung gibt. Es sind weitere Varianten denkbar, z. B. die bestehenden Treppen durch Rampen zu ersetzen. Aber Bauen rund um Bahngeleise, die praktisch im Minutentakt befahren werden, ist auf jeden Fall teuer. Falls der Grosse Gemeinderat die Motion überweist, obwohl er bereits ein Postulat in gleicher Sache überwiesen hat, interpretiert der Gemeinderat dies als „Nachdoppeln“, als Bestätigung, dass die behindertengerechte Zugänglichkeit zu Perron 2 dem GGR besonders wichtig ist, auch in Kenntnis der zu erwartenden hohen Kosten.

Falls der GGR bereit ist, gewisse Kosten zu tragen, ist eine weitere Variante ernsthaft zu prüfen: Die Gemeinde kann den möglichst raschen, definitiven Ausbau der Unterführung anstreben. Voraussetzung dafür ist, dass die Partner - Kanton, Bund und SBB - dieses Vorgehen unterstützen. Zudem muss die Gemeinde bereit sein, ihren finanziellen Beitrag zu leisten. Zur Zeit schätzen wir diesen auf ca. 5 Mio. Franken. Der vorgezogene Ausbau der Unterführung löst Kosten aus, hätte aber verschiedene Vorteile:

- Es gibt kaum einen andern Weg, um rascher zu einem behindertengerechten Zugang von Perron 2 zu kommen.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 30. Oktober 2008

- Es entstehen keine Kosten für eine Übergangslösung, die innert kurzer Zeit amortisiert werden müssten.
- Es wird in eine gute, definitive Lösung investiert.
- Die ausgebaute Unterführung würde die Umsteigebeziehungen Bahn/Bus/Tram deutlich verbessern und einen Zentrumsbereich von Ostermundigen aufwerten.
- Mit einer ausgebauten Unterführung würde der Bahnhofbereich für Investoren attraktiver, sie würde die bauliche Entwicklung beim Bahnhof unterstützen.

Der Gemeinderat ist bereit, dem GGR die verschiedenen Varianten für einen behindertengerechten Zugang von Perron 2 samt Kostenschätzung auf zu zeigen. Der vorgezogene Ausbau der Unterführung ist dabei eine dieser Varianten. In diesem Sinne ist der Gemeinderat bereit, die Motion entgegen zu nehmen.

Falls der GGR allerdings grundsätzlich nicht bereit ist, einen namhaften Kredit für die verbesserte Zugänglichkeit zu Perron 2 zu sprechen, wäre es ehrlicher, die Motion abzulehnen und das im Juni 2007 überwiesene Postulat abzuschreiben.

Walter Bruderer (FORUM): Wir stimmen selbstverständlich zu, machen aber auf die von der Gemeinde seit sehr langer Zeit geplante Passage zwischen Poststrasse und Schermenweg aufmerksam. Diese erfüllt - nicht ganz zufällig - ausgerechnet den Zweck, den Bahnhof bzw. beide Perrons von beiden Strassenseiten her ohne Umwege direkt zu erschliessen.

Ernst Hirsiger (SVP): Es kommt ab und zu vor, dass sich trotz ideologischer Differenzen, Anliegen der SP und der SVP decken. Schliesslich sind beides Volksparteien, auch wenn sie nicht immer die gleiche Kundschaft, bzw. Bevölkerungsgruppe vertreten.

Das ist beim vorliegenden Geschäft der Fall. Allerdings handelte es sich bei diesem Anliegen ursprünglich um eine Idee, die Irrtum vorbehalten, ursprünglich vom FORUM Ostermundigen durch Walter Bruderer erstmals lanciert wurde. Das ändert aber nichts daran, dass die Motion aus der Sicht der SVP-Fraktion Sinn macht und von uns unterstützt wird. Gute Ideen sind es wert, wenn sie am Kochen gehalten werden. Das gilt auch in Wahlkampfzeiten.

Der Zugang zum zweiten Perron am Bahnhof Ostermundigen ist seit langem für gehbehinderte Personen, Rollstuhlfahrer und ältere Personen unbefriedigend. Er widerspricht auch den Zielvorgaben des Altersleitbildes der Gemeinde Ostermundigen. Die SVP empfiehlt dem Parlament, die vorliegende Motion zu unterstützen. Sie wird es auch tun. Dies auch dann, wenn der Spielraum des Gemeinderates in dieser Angelegenheit vielleicht begrenzt ist.

Heinz Gfeller (FDP): Jawohl, die FDP-Fraktion hat das Postulat überreicht. Allerdings mit dem vorliegenden Geschäft tun wir uns schwer. 2 Mio. Franken für eine

Vorauslösung ist nicht sinnvoll. Im Lösungsansatz sollte aufgezeigt werden, was passiert, wenn jedem Behinderten bis nach Gümligen eine Taxifahrt vergütet wird. Eine Gegenüberstellung wird notwendig. Das Vorziehen einer definitiven Lösung für die Kreuzung Bahn/Tram/Strasse/Bus macht Sinn, wenn dies mit den Partnern diskutiert werden kann.

Rudolf Wiedmer (SP): Vom Gemeindepräsidenten habe ich die Variante „Lift“ und den Ausbau der Unterführung gehört. Der Ausbau muss zurückgestellt werden, bis Gewissheit über eine Tramführung nach Ostermundigen besteht. Es macht wenig Sinn, die Strasse bereits jetzt abzusenken, wenn wir noch nicht wissen, ob jemals ein Tram nach Ostermundigen fährt. Vor dem Jahre 2015 ist nicht mit einem Tram zu rechnen.

Der Lifteinbau kann ich nicht unterstützen. Eine rollstuhlgängige Person, welche mit dem Auto an den Bahnhof gebracht wird, kann in der Unterführung nicht anhalten und jemanden im Rollstuhl ausladen. Der Zugang muss vom Bahnhof aus gewährleistet werden. Bereits heute können wir mit dem Auto zum Bahnhofgebäude fahren. Eine Rampe könnte dann die Verbindung zum Perron 2 gewährleisten. Die Rampe muss nicht drei Meter breit und vier Meter hoch sein. Eine kleinere Rampe genügt vollends. Die Kosten auf dem SBB-Terrain müssten auch von den SBB getragen werden.

Rahel Wagner (EVP): Die EVP-Fraktion unterstützt das Anliegen. Im Herbst fand die „Hang-Up“ Ausstellung der Fachhochschule Burgdorf statt. Dort konnten fantastische Bahnhofprojekte eingesehen werden. Die Fachhochschule sollte bei diesem Projekt einbezogen werden. Im Zusammenhang mit dem langfädigen Projekt „ESP Bahnhof“ soll der Gemeinderat die Verhandlungen mit den SBB aufnehmen. Das Projekt sollte in den nächsten Jahre realisiert werden.

Eduard Rippstein (CVP): Dem Votum von Heinz Gfeller möchte ich anfügen, dass Gümligen nicht genügt. Dieser Bahnhof ist ebenfalls nicht rollstuhlgängig. Der Taxichauffeur müsste nach Münsingen oder Worb fahren. Wir müssen eine Lösung erarbeiten. Der Gemeinderat hat die Arbeiten an die Hand zu nehmen. Eine Gesamtsanierung des ganzen Bahnhofareals ist eine Lösung für die Zukunft. Der Gemeinderat hat diesen Job auszuführen.

Regula Unteregger (SP): Im Wortlaut der Motion verlange ich vom Gemeinderat ein Konzept. Der Gemeindepräsident hat aufgezeigt, in welche Richtung dieses Geschäft gehen soll. Ich bin erfreut über die breite Zustimmung zu diesem Geschäft. Es freut mich auch, dass der Bahnhof als Entwicklungsschwerpunkt betrachtet wird und dass allenfalls eine Vorinvestition in die Zukunft getätigt werden soll.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 30. Oktober 2008

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion R. Unteregger (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Zugänglichkeit des 2. Perrons im Bahnhof Ostermundigen wird begründet, erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

72	10.372	Motionen
	30.483	Freibad
	30.322	Sport- und Spielplätze, Freizeitanlagen
	42.616	Erweiterung Spielwiese

Volksmotion betreffend Erweiterung Freibad Dennigkofen; Begründung

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Liegefläche des Freibades Ostermundigen vergrössern zu lassen und im Freibad zwei Beach-Volleyball-Felder einzurichten. Es soll aufgezeigt werden, welche Beiträge der Sportfonds, Sponsoren, Vereine usw. eventuell an die Finanzierung leisten können.

Begründung

In Ostermundigen werden viele neue Wohnungen gebaut. Viele Leute werden sich neu in Ostermundigen niederlassen und manchmal auch das Freibad benutzen. Damit wird der Druck auf das Bad zunehmen. An Spitzentagen ist es schon jetzt voll. Eine Erweiterung drängt sich also auf.

Beach-Volley ist bei vielen Leuten sehr beliebt. Dieses Spiel braucht nicht viel Platz und passt natürlich ideal in ein Freibad. Es wird die Attraktivität unseres schönen Bades steigern.

Beach-Volley kann man übrigens auch sehr gut spielen, wenn nicht optimales Badewetter ist. So kann vielleicht auch eine bessere Auslastung des Bades erreicht werden, was sich positiv auf die Rechnung des Bades auswirken wird.

Rudolf Mahler (SP): Die Freibaderweiterung- und die Attraktivierung des Freibades sind alte Anliegen. Verschiedene Versuche wollten dem zum Durchbruch verhelfen. Ein gutes Projekt wurde dem Rat vorgelegt, letztendlich aber als zu teuer abgelehnt. Im März 2006 habe ich eine Motion eingereicht, welche als Postulat überwiesen worden ist. Der Titel des Vorstosses „Erstellung einer kombinierten Beach-Volley/Beach-Soccer-Anlage“.

Private Unternehmer sind vorstellig geworden. Diese setzen sich aber für eine Halle ein. Eine Halle beim Bad passt jedoch nicht ins Erscheinungsbild. Zurzeit schafft der Gemeinderat die planungsrechtlichen Grundlagen für eine solche Anlage im Mösli. Sobald die Investoren die Sponsoren gefunden haben, kann mit dem Bau einer Beach-Volley/Beach-Soccer-Halle begonnen werden. Fazit: Im Bad ist bis heute nichts geschehen.

Ich finde, jetzt sollte man langsam „Nägel mit Köpfen“ einschlagen. Die vorliegende Volksmotion soll dem Anliegen Schub verleihen. Die 250 Unterschriften konnten in kürzester Zeit erbracht werden. Uns ist besonders die Trennung von Spiel- und Badebetrieb wichtig. Eine Erweiterung in Richtung Gümligen scheint dabei besonders geeignet zu sein. Beachsportarten gehören dazu. Das ist eine sinnvolle Beschäftigung, auch für nicht vereinsgebundene Jugendliche sowie Familien.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 30. Oktober 2008

Das Projekt soll Möglichkeit aufzeigen, wie allenfalls Beach-Soccer und Beach-Volley kombiniert werden können, oder wenn dies nicht möglich ist, wie ein Beach-Volley- und ein Beach-Soccer-Feld getrennt realisiert werden können.

Auch hier sollen Sponsoren gesucht werden. Der kantonale Sportfonds ist eine Möglichkeit, an die gedacht werden kann. Aber auch private Sponsoren und Vereine können mithelfen, die Kosten für die Gemeinde möglichst tief zu halten. Der Ausbaustandard soll niedrig gehalten werden, d. h. kein Luxusprojekt. Beim Unterhalt soll auch auf die Mithilfe der Benutzenden gesetzt werden. Vielleicht können Jugendliche gegen Gratisseintritte oder über die Wochenplatzbörse gewonnen werden.

Verbauen wir uns jetzt die Möglichkeit nicht, unser schönes und attraktives Freibad auch sportlich attraktiver und schöner zu machen.

Gemeinderat Egon Julmi (FDP): Im Zusammenhang mit der Vergrößerung und Attraktivierung unseres Freibades haben schon in allen politischen Gremien der Gemeinde rege Diskussionen stattgefunden. Auch mehrere parlamentarische Vorstösse haben sich bisher mit diesem Thema beschäftigt. Die letzte Motion unter dem Titel „Erstellung einer kombinierten Beachsoccer-/Beachvolleyanlage“ wurde am 18. Mai 2006 vom Parlament in ein Postulat umgewandelt, erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen. Der Gemeinderat ist sich der Wichtigkeit des Themas „Freibaderweiterung“ bewusst. Er registriert auch den von vielen Bürgerinnen und Bürgern geäusserten Wunsch, die Anlage für die Badenden bequemer und noch attraktiver zu machen.

Der vorliegende Vorstoss trifft auf offene Ohren. Für die Freibaderweiterung sind schon vor geraumer Zeit ca. 5'000 m² Land erworben und der entsprechenden dem Freibad vorbehaltenen Zone für öffentliche Nutzung (ZöN S) zugeordnet worden. Diese Landfläche schliesst unmittelbar an die Süd-Ost-Grenze des heutigen Bades an, erstreckt sich vom Dennigkofenweg bis zum Wald und ist zwischen 50 und 60 Meter breit.

Die Abteilung Hochbau ist vom Gemeinderat beauftragt worden, ein Erweiterungskonzept zu erarbeiten. Das Hochbauamt hat in Zusammenarbeit mit den Gemeindebetrieben eine Bestandesaufnahme der bestehenden Anlagen gemacht und mit den daraus gewonnenen Erkenntnissen ein Pflichtenheft erarbeitet. In einem freihändigen Auswahlverfahren ist ein externes Planungsteam bestimmt worden, welches für die Planung der Erweiterung in Varianten und die Umsetzung eine verbindliche Honorarofferte eingereicht hat. Zur Zeit ist das Hochbauamt daran, den Antrag für einen entsprechenden Projektierungskredit zu formulieren. Vorbehältlich der notwendigen politischen Entscheide ist vorgesehen, die Arbeiten im Verlauf des Winterhalbjahres umzusetzen, damit die erweiterte Anlage für die nächste Badesaison zur Verfügung stehen könnte.

Dem Gemeinderat ist bekannt, dass mit der Vergrößerung des Bades auch die gesamte Verkehrssituation und die Parkierungsmöglichkeiten für Personenwagen und Zweiräder untersucht werden müssen. Ebenfalls bekannt ist der Exekutive, dass aus der Sicht der Betreiber des Freibades (Bademeister) nicht die Realisierung von

Beachsportanlagen, sondern eher und die Schaffung einer vielseitig nutzbaren Spielwiese und die Vergrösserung der Liegewiese im Vordergrund stehen. Die Arbeiten hinsichtlich der Erstellung von Beachsoccer- und Beachvolleyfeldern beim Freibad sind mit den Planungsarbeiten für eine professionell betriebene Beachsportanlage mit Halle im Bereich Mösli verzögert worden und haben etwas von ihrer Aktualität eingebüsst. Die Antworten auf solche Fragen müssen im Rahmen der Erweiterungsplanung gefunden werden. Es sind natürlich auch kombinierte Nutzungen denkbar. Dies darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass auf den eingezonten ca. 5'000 m² nicht alle Wünsche nebeneinander realisiert werden können, zumal das Ganze auch im Rahmen der finanziellen und personellen Möglichkeiten unsere Gemeinde liegen muss.

In früheren Vorstössen wurde vermerkt, dass eine Freibaderweiterung im Bad integriert werden und nicht durch Zäune vom Bad getrennt werden soll. Das bedeutet, dass die Aufsicht und die Zuständigkeit in den Kompetenzbereich des Badpersonals fällt. Unser Freibad ist heute ein „Schmuckstück“ und es soll weiterhin auch so eins bleiben. Der Gemeinderat ist bereit, die Volksmotion entgegen zu nehmen.

Eduard Rippstein (CVP): Besten Dank dem Gemeinderat für das Erarbeiten eines Gesamtkonzeptes. Wir werden dem Vorstoss zustimmen. Rudolf Mahler möchte ich noch beifügen, dass Gemeindeaufgaben nicht mit Sponsorengeldern auszuführen sind. Bereits bei „Wege zu Klee“ wurde das Vorgehen so gewählt. Anschliessend hatten es die Vereine bei der Sponsorensuche für ihre Anliegen extrem schwer. Wenn der Sponsorenbeitrag bereits von der Gemeinde abgeholt wird, so haben die Vereine letztendlich das Nachsehen.

Ernst Hirsiger (SVP): Die Wahlen rücken näher. Also muss jede Partei mit entsprechenden Aktivitäten die Aufmerksamkeit der potentiellen Wählerschaft auf sich ziehen. Warum nicht mit einem alten Dauerbrenner? Das Mittel der Volksmotion verleiht dem Ganzen Gewicht und das Anliegen ist grundsätzlich populär. Wer kann denn schon etwas dagegen haben, das Freibad zu erweitern und mit zwei Beachvolleyballfeldern für die Jugend zu attraktivieren?

Die SVP-Fraktion wird heute Abend mit ihrer Stellungnahme zu diesem Geschäft mit Sicherheit keinen Popularitätspreis gewinnen. Sie empfiehlt die Volksmotion dem Parlament zur Ablehnung.

Die Errichtung von zwei Beachvolleyballfeldern im Freibad Ostermundigen wird im Parlament nicht zum ersten Mal diskutiert. Die Argumente pro und kontra dürften sich seit dem letzten Ratsentscheid nicht wesentlich geändert haben. Die SVP hat übrigens vor nicht allzu langer Zeit dem Parlament im Sinne eines politischen Kompromisses vorgeschlagen, die Erweiterung des Freibades inklusive Errichtung von Beachvolleyballfeldern mit eigenen Baufachleuten kostengünstiger zu erstellen, als es die damalige Botschaft des Gemeinderates an das Parlament vorsah.

Es ist auch für die SVP unbestritten, dass das Freibad Dennigkofen an Spitzentagen an seine Grenzen stösst. Aber wie viele solcher Spitzentage in einem durchschnittli-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 30. Oktober 2008

chen Sommer gibt es? An Spitzentagen entsteht regelmässig ein Parkplatzproblem. Deswegen hat aber noch keine Ortspartei mit Nachdruck eine Erhöhung der Anzahl Parkplätze beim Freibad gefordert. Unser Freibad ist ein kleines Bijou aber leider Jahr für Jahr defizitär.

Für die SVP Ostermundigen handelt es sich bei diesem Anliegen unverändert um Wunschbedarf. Eine Erweiterung und Attraktivierung des Freibades Dennigkofen muss finanziell tragbar sein. Das Freibad Ostermundigen ist ein klassisches Familienbad und wird unter anderem von Müttern mit Kleinkindern gerne besucht. Jugendliche, die als Zielgruppe für Beachvolleyball in Frage kämen, besuchen aus meiner Erfahrung andere Schwimmbäder in der näheren Umgebung. Diese können zum Teil sogar gratis benutzt werden. Personen gesetzteren Alters schauen Beachvolleyballspielen in der Regel gerne zu, üben aber diese optisch attraktive Sportart nicht mehr selbst aus.

Die SVP sieht auch Schwierigkeiten bei der Abgrenzung der Beachvolleyballfelder vom restlichen Schwimmbadbetrieb. Beachvolleyball müsste aus Sicht der SVP auch ausserhalb der regulären Öffnungszeiten des Freibades betrieben werden können. Das würde dann aber zu neuen Problemen führen, auf die ich hier und jetzt nicht näher eintreten will.

Zum Schluss möchte ich in diesem Zusammenhang noch auf die Worte von Egon Julmi in der heutigen Ausgabe der Bantiger Post verweisen.

Walter Bruderer (FORUM): Wir stimmen dieser Motion nicht zu. Es besteht eine ungeklärte Verwandtschaft mit dem Beach-Zentrum, dass von privater Seite her an der Forelstrasse geplant ist. Wir haben heute Abend schon über einen Sport- und Kultursaal diskutiert. Ich gehe nicht davon aus, dass eine Dreifachturnhalle ohne Aussenfelder geplant wird. Sollten diese Sportarten noch Zuschauer anlocken, so scheint der Standort „Rörswil“ dafür prädestiniert zu sein, zumal bereits im Bevölkerungsforum entsprechende Voten eingegangen sind. Der Standort „Bad“ darf nicht als absoluter einziger Platz in Frage kommen. Wir sind nicht gegen Beachvolleyfelder, sondern gegen den a priori Standort „Schwimmbad“.

Renate Bolliger (EVP): An der letzten Ratsdebatte kostete ein Beachvolleyfeld noch rund 0,5 Mio. Franken und die EVP-Fraktion lehnte das Geschäft als zu teuer ab. Eine einfache, kostengünstige Variante sollte unserer Auffassung nach trotzdem zum Zuge kommen.

Christian Zeyer (SP): Ein Volleyballfeld kostet rund CHF 30'000.-- (2 Felder = CHF 60'000.--) und damit noch weit von einer halben Million entfernt. Wenn Fronarbeit eingesetzt werden kann, dann können die Felder noch günstiger realisiert werden. Beim Standort „Rothus“ müssen wir auf den „Sankt Nimmerleinstag“ warten, bis dort ein Feld realisiert wird. Auch würde dort die Attraktivität des Freibads nicht vergrössert. Wer Beachvolleyball spielen will, möchte dies im Freibad tun und nicht barfuss ins Rothus laufen.

Das Geschäft sollte auf eine lockere Art und Weise vorangetrieben werden. Ich komme gerne an ein paar Samstagen ins Freibad und nehme eine Schaufel zur Mithilfe in die Hand.

Lucia Müller (SVP): Ich bin entsetzt darüber, wie wir heute Abend mit den Steuergeldern haushalten. Ich finde es unverantwortlich, was hier im Saal abgeht. Ich erwarte von allen, die der Motion zustimmen, dass sie dann auch die entsprechende Fronarbeit vor Ort leisten werden.

Beat Leumann (FDP): Ernst Hirsiger hat erwähnt, dass die Jugendlichen in andere (gratis) Freibäder gehen. Ich werde auch eine Schaufel in die Hand nehmen und bei den Arbeiten mithelfen.

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der GGR fasst mit 19 zu 12 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Volksmotion betreffend Erweiterung Freibad Dennigkofen wird begründet, erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

73 10.374 Interpellationen
 30.111 Baugesuche

Interpellation W. Bruderer (FORUM) und Mitunterzeichner betreffend Massnahmen für Wohnqualität im Alltag; Begründung und Beantwortung

1. Ausgangslage

1.1 Beschriftung von Gebäuden und Hauseingängen

Für Quartierfremde ist es nötig, unter Umständen sogar lebenswichtig (→ Sanität, Polizei, Ärzte), dass Gebäude und Hauseingänge aus allen Richtungen gut sichtbar und lesbar angeschrieben sind. Diverse Liegenschaftsverwalter sind sich dieser Anforderung nicht bewusst. Angeblich verweist die Gemeinde Einwohner, die diesbezüglich bei ihrem Liegenschaftsverwalter erfolglos reklamiert hatten, trotzdem wieder an ihn.

1.2 Informationstafeln und Ortsplan „Ostermundigen“

Die aufgestellten Informationstafeln, die auch eine Übersicht über Ostermundigen liefern, sind wertvoll, speziell für Leute, die eine bestimmte Information benötigen (Strasse, Gebäude, Anlage, Firma etc.). Man sollte solche Tafeln in allen grösseren Quartieren aufstellen. Es ist wichtig, dass die Pläne häufig aktualisiert werden. Bei ÖV-Linien sind die korrekte Nummer und bei Strassen und Quartieren möglichst viele Hausnummern aufzuführen. Für Fremde ist nicht ohne weiteres ableitbar, wo an einer Strasse die tiefste bzw. die höchste Nummer liegt.

1.3 Anwohner von Bauplätzen

Beim Bau oder Umbau von Häusern und Siedlungen erwarten die Anwohner bereits bei Baubeginn geeignete Schutzmassnahmen betr. Arbeits-/Ruhezeit, Lärm, Staub, Gefahren, Schmutz, Verkehr usw.

1.4 Anwohner von Sportplätzen

Sportliche Betätigungen durch Jung und Alt auf Schul- und Sportplätzen ist zu Recht erwünscht. Diese Aktivitäten laufen jedoch oft nicht ab ohne Immissionen für die Nachbarn und Probleme für die Abwarte. Es braucht darum Lösungen, die für alle Tangierten zweckmässig und für die Gemeindekasse tragbar sind. Geeignet dazu sind nicht brennbare, reissfeste Netze, die das lärmige Aufklatschen der Bälle an den Metallgittern verhindern. Vereitelt wird dieses nicht einfach realisierbare Ziel durch Personen, die durch gedankenloses Zerstören von Infrastruktur (z. B. von Geräten, Netzen, Böden) oder Nichtbefolgung von Vorschriften mögliche Lösungen torpedieren und dadurch vermeidbare Kosten verursachen.

1.5 Neue oder verschobene ÖV-Haltestellen

Laut Verkehrskonzept ist die Gemeinde daran interessiert, dass ihre Einwohner so weit wie möglich den ÖV benützen. Deshalb müssen die Wege zu möglichst nahen Haltestellen sicher, gut beleuchtet und rollstuhlgängig sein. Änderungen betr. Linienführung oder Halteorten können zu anderen ÖV-Wegen führen. Da viele Liegenschaftsverwaltende die Folgen daraus nicht nachvollziehen, muss die Gemeinde zu-

sammen mit den privaten Verantwortlichen die nötigen Anpassungen planen und notfalls durchsetzen. ÖV-Passagiere sollen nie im Dunkeln gehen müssen. Ohne ausdrückliche Einwilligung der Betroffenen dürfen Passagiere keine Abkürzungen über privaten Grund benützen.

1.6 Truppenunterkünfte

Für die Kassen von Gemeinde und Gewerbebetrieben kann häufig und lange einquartiertes Militär interessant sein. Da bei speziellen Aufgaben der Truppen die körperliche Betätigung der Soldaten weitgehend fehlt, ist es sinnvoll, wenn ihnen die Gemeinde am zweckmässigen Ort geeignete Felder und Räume fürs Essen, für Sport und für den Aufenthalt zur Verfügung stellt. Als Truppen-Warte-/Aufenthaltsräume sind Strassen, Wege, Trottoirs, Privatgrund und unterirdische Räume schlecht geeignet.

2. Fragen

- a) *Inwieweit suchen die dafür verantwortlichen Dienste konkret nach wirksamen, nachhaltigen Massnahmen zur Beseitigung der genannten Probleme?*
- b) *Werden gemeindeintern alle Departemente vor der Publikation von Baugesuchen und vor geplanten wesentlichen Nutzungsänderungen zur schriftlichen Stellungnahme aufgefordert?*
- c) *Aus welcher Sicht äussert sich die Gemeinde zu Fahrplanentwürfen, die Ostermundigen betreffen, sowie zu den Immissionen von neuen ÖV-Fahrzeugen (Lärm, Abgase, Feinstaub etc.)?*

Walter Bruderer (FORUM): Danke, dass die Ziffern 1.3 (Anwohner von Bauplätzen) und 1.6 (Anwohner der Truppenunterkünfte) bereits erledigt sind. Zur Ziffer 1.4 (Anwohner von Sportplätzen) ist folgende Ergänzung nötig:

Sinnvoll, dass viele Jugendliche in ihrer Freizeit Fussball spielen! Warum trotzdem ein Problem? Im Gegensatz zu Metallgittern dämpfen Netze den Aufprall von Bällen. Warum hängen diese Netze nicht auf der ganzen Breite bis zum Boden? Ganz einfach: Wegen Vandalismus. An solchen Netzen wird geturnt, bis sie zerreißen, oder man zündet sie an. Wir erwarten von der Gemeinde, dass sie solchen Vandalismus zum Wohl der Anwohner-Wohnqualität, der anständigen Spieler und der Gemeindefinanzen verhindert.

Soweit die gemeinderätlichen Antworten bereits vorliegen, kann ich sie erst als „teilweise befriedigt“ einstufen.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ich nehme in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit eine Kurzbeantwortung vor. Die detaillierte Beantwortung wird im Protokoll veröffentlicht.

Allgemeines

Für das Hauptanliegen der Interpellation hat der Gemeinderat grundsätzlich grosses Verständnis. Auch dem Gemeinderat ist es ein Anliegen, dass sich die Ostermundigerinnen und Ostermundiger wohl fühlen, dass sie sich in ihrem individuellen Umfeld zurecht finden und dass die unterschiedlichen Qualitäten der einzelnen Wohnquartiere gepflegt und nach aussen sichtbar gemacht werden. Aus der festgehaltenen Ausgangslage der Interpellation war insbesondere der Sinn und Zweck der zweiten Frage nicht ohne weiteres erkennbar, weshalb sich das Hochbauamt beim Interpellanten darüber ins Bild setzte und die folgende zusätzliche Begründung einholte. Der Wortlaut der Zusatzinformation ist nachstehend summarisch und sinngemäss wiedergegeben.

Anlass zur Frage b) war das Baugesuch für den Neubau einer Mobilfunkanlage an der Bernstrasse 140 und die Feststellung, dass die Schule (Schulanlage Rüti) als betroffene Nachbarin nicht Einsprache dagegen erhoben hat. Der Interpellant begründet die geforderte Akteneinsicht und Vernehmlassung sämtlicher Baugesuche vor deren Publikation in allen Verwaltungsabteilungen mit der Möglichkeit der Einflussnahme und Interessenwahrung in einer frühen Phase eines Baubewilligungsverfahrens. Bereits früher wurde der Wunsch im Parlament geäussert, Betroffene seien explizite und unmissverständlich auf Baugesuche externer Dienststellen (Bund, Kanton, Nachbargemeinde, Dritte) aufmerksam zu machen, da nicht alle Leserinnen und Leser des Amtsanzeigers sämtliche amtlichen Mitteilungen auf deren Relevanz für Ostermundigen absuchen könnten.

Zu Frage a)

Beschriftung von Gebäuden und Hauseingängen / Informationstafeln und Ortsplan: Dass Gebäude und Hauseingänge gut sicht- und lesbar zu beschriften sind, ist eine wichtige Voraussetzung um es Aussenstehenden aber auch den Rettungsdiensten zu ermöglichen, eine gesuchte Adresse jederzeit rasch und problemlos aufzufinden. Dazu tragen einerseits die gute Sichtbarkeit der Gebäudenummern und andererseits eine klare Systematik in der Numerierung bei. In grossen Quartieren mit hoher Bevölkerungsdichte sind zudem Quartierinformationstafeln unerlässlich. Aus Sicht des Gemeinderates sind diese Voraussetzungen in der Gemeinde Ostermundigen jedoch erfüllt. Die Numerierung der Gebäude wird lückenlos vorgenommen und die von der Gemeinde erstellten Informationstafeln werden regelmässig bewirtschaftet. In einigen Quartieren und grösseren Überbauungen wurden zudem durch die Grundeigentümer oder durch die Quartiervereine zusätzliche Informationstafeln angebracht. Das Hochbauamt verlangt von den Grundeigentümern, dass ihre Gebäudeeingänge mit den von der GVB normierten Hausnummern gut sichtbar beschriftet werden. Sämtliche Strassenzüge werden in der gleichen Systematik beschriftet. Auf der linken Strassenseite befinden sich aufsteigend nummeriert immer die ungeraden Gebäudenummern und auf der rechten Seite, ebenfalls aufsteigend nummeriert, die Geraden. Die Tatsache, dass bei der Gemeindeverwaltung nur äusserst selten Reklamationen, bzw. Nachfragen zu diesem Thema eingehen zeigt eigentlich, dass die Auffindbarkeit von Adressen in Ostermundigen kein sonderliches Problem darstellt. Es gilt letztlich das Prinzip der Eigenverantwortung eines jeden Grundeigentümers.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 30. Oktober 2008

Anwohner von Bauplätzen / Anwohner von Sportplätzen: Auch hier geht der Gemeinderat mit dem Interpellanten grundsätzlich einig. Bei der Umsetzung von Bauvorhaben sind vor Arbeitsbeginn die notwendigen Massnahmen zum Schutz der Anwohnerschaft, zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit und zur Vorbeugung von Unfällen und übermässigen Störungen durch die Bauherrschaft zu treffen. Diese Pflicht wird sämtlichen Bauherrschaften im Rahmen der Baubewilligung auferlegt. In 95 % der Fälle funktioniert dies nicht zuletzt dank der Kulanz und dem Verständnis der betroffenen Anwohnerschaft reibungslos. In wenigen Einzelfällen führt die Realisierung von Bauvorhaben zu Reklamationen und Störungen, welche die Baupolizeibehörde in Zusammenarbeit mit den übrigen Vollzugsorganen der Gemeinde rasch und unkompliziert behebt.

Auch Anwohner von Schul- und Sportanlagen haben ein unbestrittenes Anrecht auf Wohnqualität. Der Gemeinderat nimmt die Anregungen der Interpellation ernst und prüft zusammen mit der dafür zuständigen Verwaltungsabteilung deren Umsetzung.

Neue und verschobene ÖV-Haltestellen:

Dem Gemeinderat ist nicht klar, welche Probleme der Interpellant bezüglich ÖV-Haltestellen im Auge hat. Neue Haltestellen sind in letzter Zeit im Raum Oberfeld entstanden. Diese beruhen auf einer Überbauungsordnung, und für die verbesserte Zugänglichkeit wird ein Fuss- und Veloweg zwischen Schiessplatzweg und Bernstrasse rechtlich gesichert. Die Haltestellen beim Rütischulhaus bleiben vorerst provisorisch, bis geklärt ist, ob das Tram realisiert wird oder nicht. Bei der Busendstation in der Rüti wird zur Zeit ebenfalls die verbesserte Zugänglichkeit geplant, und dabei ist auch Land einer privaten Liegenschaft betroffen. Die Arbeiten werden selbstverständlich in Absprache und im Einverständnis mit den Grundeigentümern ausgeführt. Im übrigen öV-Netz sind in letzter Zeit keine neuen Haltestellen realisiert worden.

Truppenunterkünfte:

Für den Botschaftsschutz waren im Notspital vom Dezember 2006 bis Mai 2007 Rüti Durchdiener untergebracht. Dies war für alle Beteiligten keine glückliche Situation. Deshalb wird seither darauf verzichtet, Soldaten während längerer Zeit im Notspital Rüti unter zu bringen. 2008 wurde die Unterkunft für vier Wiederholungskurse belegt. 2009 werden es bis August drei Wiederholungskurse sein. Diese dauern jeweils 18 Tage. Die Gemeinde steht in regelmässigem Kontakt mit der Armee sowie mit den Anwohnerinnen und Anwohnern, um bei auftretenden Konflikten zu vermitteln.

Zu Frage b)

Aus der nachträglich eingereichten Begründung der Frage wird deutlich, dass der Interpellant die Interessenlage der Baubewilligungsbehörde falsch einschätzt. Er bezichtigt sie damit faktisch der parteiischen Verfahrensführung. Das Baubewilligungsverfahren ist ein Rechtsverfahren, welches in der Baugesetzgebung abschliessend und klar festgelegt wurde. An die formellen Verfahrensvorschriften sind die Parteien, aber auch die entscheidende Behörde gebunden. Die Baubewilligungsbehörde ist nicht Partei in diesem Verfahren und sie vertritt keine Parteiinteressen; weder die Interessen einer Bauherrschaft noch diejenigen von Einsprechenden. Sie hat den vom

Bauvorhaben Betroffenen das rechtliche Gehör zu gewähren und alle öffentlich rechtlich relevanten Interessen abzuwägen um letztlich in der Sache juristisch richtig zu entscheiden. Zur Gewährung des rechtlichen Gehörs dient die in der Gesetzgebung genau festgelegte öffentliche Auflage der Gesuchsakten, welche mit der Baupublikation eingeleitet wird. Jedermann (im Einzelfall möglicherweise auch eine verwaltungsinterne Stelle), der sich gestützt auf die gesetzlichen Kriterien zur Einsprache legitimiert, kann am Verfahren teilnehmen. Allerdings ist es bei einer öffentlichen Bekanntmachung Sache der Betroffenen selbst, sich als Partei zu legitimieren; das gilt sowohl für Verfahren nach kantonalem Recht wie auch für diejenigen nach Bundesrecht. Im Verfahren nach Bundesrecht kann die Gemeinde der verfahrenleitenden Behörde keine formellen Vorschriften machen und sie hat auch keinen Einfluss auf den Publikationstext im dafür bestimmten Publikationsorgan. Die für den Bauentcheid zuständige Verwaltungsbehörde darf und muss sogar erwarten, dass alle Leserinnen und Leser ihrer Pflicht der Selbstinformation nachkommen. An dieser Praxis will und kann der Gemeinderat nichts ändern.

Zu Frage c):

Bei Fahrplanentwürfen ist es dem Gemeinderat ein Anliegen, dass das heutige Niveau gehalten oder sogar eine Verbesserung erzielt werden kann. Die Verbesserungen auf der Linie 28 - seit diesem Sommer wird der „Ast“ Ostermundigen-Wankdorf auch Nachmittags bedient - sind vom Gemeinderat selbstverständlich begrüsst worden. Über die Abendkurse ist an dieser Stelle schon mehrmals diskutiert worden. Sie werden im Rahmen des Ortsbuskonzepts erneut ein Thema sein.

Die Anschaffung von neuen ÖV-Fahrzeugen ist Sache der Transportunternehmungen; allenfalls hat der Kanton als Auftraggeber der Transportunternehmungen ebenfalls ein Wort mit zu reden. Die Gemeinden werden dabei jedoch nicht in den Entscheid einbezogen. Falls Anwohner Beanstandungen vorbringen - so wie das letzte Woche an einer konstruktiven Besprechung zwischen der Bauleitung der Überbauung Wohnterrassen und Anwohnerinnen und Anwohnern passiert ist - bespricht der Gemeinderat diese Anliegen direkt mit der Transportunternehmung.

Walter Bruderer (FORUM): Ich bin mit der Kurzbeantwortung teilweise zufrieden.

74 10.372 Motionen
 30.114 Reklamegesuche

Motion A. Thomann (SP) und Mitunterzeichnende betreffend „Schaffung von öffentlichen Werbeflächen für die Mundiger Vereine“; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, für die Schaffung von mehr öffentlichen Werbeflächen für die in Ostermundigen ansässigen Vereine zu sorgen.

Begründung

Was in den umliegenden Gemeinden gang und gäbe ist, soll auch in Ostermundigen Realität werden. Ortsansässige Vereine, Parteien und sonstige Organisatoren von nicht professionellen Anlässen sollen die Gelegenheit erhalten, an möglichst vielen neuralgischen Punkten in der Gemeinde Werbung für ihre Anlässe/Begehren zu machen.

Ob Flohmärit, kirchliches Konzert, Ausstellung, Teenager-Party oder öffentlicher Parteianlass, kein kleben von Plakaten/Flyers mehr mit der Gefahr einer Busse wegen illegalem Plakatieren!

Dem Gemeinderat ist freigestellt, welche Art von Flächen er zur Verfügung stellen will.

Ob Plakatwände, Aushängeschrank oder Litfasssäulen, Hauptsache die jetzige unbefriedigende Situation mit zuwenig Werbefläche wird verbessert.

eingereicht am 30. Oktober 2008

sig. A. Thomann
M. Stäheli Ragaz
R. Mahler
R. Kehrli
R. Wiedmer
R. Schär
C. Zeyer
N. Riesen
R. Unteregger
A. Dogan
R. Moser

75 10.372 Motionen
 10.1121 Büromaterial
 10.11 Reglemente Gemeinde

Motion SP-Fraktion betreffend Ostermundigen beschafft nachhaltig; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Das Beschaffungsreglement der Gemeinde ist so zu ändern, dass bei zukünftigen Beschaffungen, insbesondere bei grösseren Beschaffungen und bei Rahmen- und Systembeschaffungen Energie- und Umweltaspekte in die Pflichtenhefte einfliessen müssen.

Begründung

Im Rahmen der Besprechung des Berichtes des ICT-Konzeptes musste festgestellt werden, dass das Thema Energieverbrauch im Pflichtenheft des Konzeptes nicht erwähnt wurde und die Projektverantwortlichen sich dazu bisher wenig Gedanken gemacht haben.

Unter Berücksichtigung der Tatsache dass:

- Ostermundigen als Energiestadt gegenüber Energiefragen sensitiv sein sollte;
- Strom die wertvollste Energieform ist;
- der Stromverbrauch in der Schweiz kontinuierlich ansteigt;
- der ICT Bereich bereits etwa 2 % des Energieverbrauchs ausmacht und mit 2-stelligen;
- %- Raten wächst;
- und Energiesparmassnahmen am besten umgesetzt werden können, wenn Energiefragen bereits im Rahmen der Konzeptionisierung berücksichtigt werden;

darf dies nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Es muss deshalb sichergestellt werden, dass im Rahmen der Beschaffung Energie- und Umweltfragen frühzeitig einbezogen werden. Dies deckt sich im Übrigen auch mit den Forderungen des Energiestadtkatalogs.

eingereicht am 30. Oktober 2008

sig. C. Zeyer
A. Dogan
R. Mahler
A. Thomann
R. Kehrli
L. Schärer
N. Riesen
M. Stäheli Ragaz
M. Neuenschwander

R. Schär
R. Wiedmer

76 10.374 Interpellationen
 13.503 Mittagstisch

Interpellation SP-Fraktion betreffend wie weiter mit dem Mittagstisch in Ostermundigen?; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Mittagstisch Ostermundigen muss spätestens per August 2009 seinen derzeitigen Standort in den Räumlichkeiten der reformierten Kirche verlassen. Im Jahr 2000 wurde diese Lösung für ein Provisorium von zwei Jahren eingerichtet. Nach mehrmaligen Vertragsverlängerungen hat jetzt die Kirche den Mietvertrag definitiv gekündigt.

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie erklärt sich der Gemeinderat, dass bis heute kein neuer Standort für den Mittagstisch gefunden worden ist, obwohl seit 8 Jahren bekannt ist, dass das Provisorium in der reformierten Kirche eine definitive Anschlusslösung braucht?
2. Inzwischen drängt die Zeit. Welche Lösung kann der Gemeinderat dem Mittagstisch bzw. den betroffenen Eltern als Alternativstandort anbieten, um einen nahtlosen Betrieb gewährleisten zu können?

Begründung / Fragen

Auf Grund eines überparteilichen Vorstosses wurde in Dezember 1999 die Schaffung eines Mittagstisches in Ostermundigen beschlossen und im Jahr 2000 in den Räumlichkeiten der reformierten Kirche eingerichtet. Im Mietvertrag wurde bereits damals vermerkt, dass es sich um ein Provisorium für höchstens zwei Jahre handelte.

Nach der Kündigung seitens der Kirche im vergangenen März ist nun klar, dass der Mittagstisch Ostermundigen spätestens per August 2009 einen neuen Standort braucht. Nachdem die Betreuerinnen des Mittagstisches immer wieder auf diese Problematik hingewiesen haben, stellt sich nun die dringende Frage, wie der Gemeinderat die Weiterführung seines gemeindeeigenen Mittagstisches gewährleisten kann.

Der Mittagstisch ist ein notwendiges, niederschwelliges Betreuungsangebot in unserer Gemeinde, das sich vom Angebot und von der Zielgruppe einer Tagesschule unterscheidet. Hauptunterschied ist die Flexibilität, mit welcher der Mittagstisch kurzfristig Kinder aufnehmen kann. Für viele Eltern ist der Mittagstisch eine zwingende notwendige Einrichtung. Das zeigen auch die bisherigen und aktuellen Belegungszahlen: Der Mittagstisch betreut an Spitzentagen 20 bis 22 Kinder. Zurzeit sind mehr als 30 Kinder angemeldet.

eingereicht am 30. Oktober 2008

sig. R. Unteregger

R. Wiedmer

N. Riesen
M. Stäheli Ragaz
R. Kehrli
M.A. Baumann
C. Zeyer
M. Neuenschwander

R. Schär
A. Dogan
B. Schröter
L. Schärer
A. Thomann
R. Moser

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 30. Oktober 2008

77 10.375 Einfache Anfragen
 20.200 Allgemeines

Einfache Anfrage L. Müller (SVP) betreffend Finanzkrise; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Hat die anhaltende Finanzkrise Auswirkungen auf die langfristige Finanzplanung unserer Gemeinde?

Sind bereits Gegenmassnahmen geplant, wenn ja: welche?

eingereicht am 30. Oktober 2008

sig. L. Müller

Ratspräsident: Anfangs Jahr habe ich kund getan, dass an der letzten Sitzung im Dezember nur der Finanzplan und das Budget behandelt werden, da der gemütliche zweite Teil des Abends nicht zu kurz kommen soll. Jetzt kommen noch diese politischen Vorstösse auf die Traktandenliste. Motionen und Postulate müssen gemäss der GO GGR an der nächsten Sitzung behandelt werden (siehe Artikel 53).

Nach Rücksprache mit den Erstunterzeichnenden werden diese Vorstösse an der nächsten Sitzung behandelt, da es sich um die letzte Sitzung der Legislaturperiode 2005 - 2008 handelt. **Die GGR-Sitzung wird somit bereits um 16.30 Uhr gestartet.**

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES

Der Präsident:

Der Ratssekretär:

Peter Wegmann

Jürg Kumli

Die Stimmzählerin:

Der Stimmzähler:

Maria Anna Baumann

Markus Truog